

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2010



Währungsunion 1990

**Psychiatriemißbrauch in
der DDR**

Malen als Therapie

Aktuell

- 3 Rücktritt bedauert
Nachträglich eingeladen
DDR-Heime auf der Agenda
Zeugnisse der Vergangenheit
Mauerwunsch
Kommentar

Recht

- 4 Gestaffelte Leistungen nach dem BVG

International

- 5 Nord-Korea: Radios, die vom Himmel fallen

Thema

- 6 Währungsunion 1990 – Die wundersamen Wege von Geld und Gold, Teil I

spezial

- 8 Psychiatriemißbrauch in der DDR, Teil I
- 10 Die Farben der Seele: Malen als Therapie

Berichte

- 12 21. Bautzen-Forum
- 13 Bautzen-Treffen 2010
Würdige Gedenkfeier in Ketschendorf
- 14 Fünfzehn: Bilanz und Ausblick
Gedenkstunde in Bautzen

Verbände

- 15 Novellierung gefordert
Neuer Direktor
Umzug
Neue Adresse
Suchanzeigen
Herzlichen Glückwunsch
Vorinformation
- 16 Mitspracherecht angemahnt
Leserbrief
Dokumentiert: Pressestimmen vom 18. Juni 1953

Service | Bücher

- 17 Keulen-Worte
- 18 Feindbild Springer
Gefangen im Lügennetz

Service | Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Gedenkstätte Sachsenhausen, Hochkreuz an den Massengräbern der Opfer des Speziallagers Nr. 7/Nr. 1, im Hintergrund die Steinbaracken der Zone II. Von 1936 bis 1945 nationalsozialistisches Konzentrationslager und von 1945 bis 1950 Sowjetisches Speziallager, gehört Sachsenhausen zu den Orten „mit doppelter Vergangenheit“. Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg, Tel. (033 01) 200-0, E-Mail info@gedenkstaette-sachsenhausen.de; www.gedenkstaette-sachsenhausen.de; geöffnet 15.3.-14.10. täglich 8.30-18.00 Uhr, 15.10.-14.3. täglich 8.30-16.30 Uhr

Foto: N. Radlitz

Protest-Lena gesucht

Wie ein historischer Fehler weiterwirkt

Von Horst Schüler

Vor wenigen Tagen hat Lena gewonnen. Ich würde gern über Lena schreiben, über diese hübsche Kleine, der es so leicht fällt, die Menschen zu verzaubern. Doch ich soll mich über Frau Jelpke auslassen, die längst nicht so sympathisch daherkommt. Frau Jelpke ist zuständig für die Innenpolitik in der Bundestagsfraktion der Linken. Und als sich jüngst die ehemaligen MfS-Mitarbeiter der DDR-Auslandsaufklärung in Straußberg trafen, sandte Ulla Jelpke den „Genossinnen und Genossen“ ein Grußwort, in dem sie den einstigen Agenten „mutigen Einsatz für den Frieden“ bescheinigte, für den viele von ihnen nach der Wiedervereinigung ins Gefängnis gehen mußten, und das alles sei doch ein himmelschreiendes Unrecht, wie ja sowieso jetzt munter die „Stasi-Keule“ geschwungen werde, um „jede positive Erinnerung an soziale Errungenschaften der DDR ebenso wie jede aktuelle Kapitalismuskritik zu diskreditieren“.

Selbstredend hat Frau Jelpke damit breite Empörung ausgelöst, doch genau das wollte sie ja auch. Und wer nur ein wenig ihr politisches Wirken in der Vergangenheit verfolgt hat, der kann über ein solches Grußwort kaum erstaunt sein. Ulla Jelpke hat schon oft ihre Verachtung für das, was wir Demokratie nennen, gezeigt.

Im übrigen sind wir ja nicht schuldlos an diesem ganzen Schlamassel, denn hätten wir bei der Wiedervereinigung die SED als eine jede Menschenwürde verachtende Partei verboten, so wie es Opferverbände und viele Bürgerrechtler damals forderten, hätten wir ihr Ministerium für Staatssicherheit als eine verbrecherische Institution deklariert, dann könnten sich dessen Agenten heute nicht frank und frei treffen, und wer sie gar noch als mutige Kämpfer für den Frieden huldigt, würde sich damit strafbar machen. So einfach ist das. Da wir das alles versäumt haben, da

wir den alten Seilschaften zugestanden haben, sich zu organisieren, da wir ihnen Sitz und Stimme in demokratischen Parlamenten gaben und sogar Regierungsverantwortung übertrugen, da wir linken Extremismus nicht mit der gleichen Schärfe verfolgen wie rechten, sollten wir uns über Meinungen, wie sie Ulla Jelpke äußert, nicht wundern. Vielleicht darf man es sogar positiv sehen: Gegner einer demokratischen Rechtsordnung sind nämlich leichter zu bekämpfen, wenn sie sich zu menschenverachtenden Ideologien bekennen, leichter jedenfalls als diejenigen, die sich heuchlerisch ein demokratisches Mäntelchen umhängen, unter dem sie ihre Sehnsucht nach einer ideologischen Parteidiktatur verstecken.

Und nun halte man mich bitte nicht für leichtfertig, wenn ich jetzt doch noch ein paar Sätze über Lena schreibe. Da hat diese unbekümmerte junge Frau ein ganzes Volk in Aufregung versetzt. Als sie in Oslo ihr Liedchen trällerte, versammelten sich in deutschen Städten Tausende und Abertausende Menschen, jung und alt, Männlein und Weiblein, um ihr zuzujubeln. Empfangen wurde sie wie eine Königin.

Allerorten Jubel, wie vor ein paar Jahren, als Kliensmanns Fußballer beinahe Europameister geworden wären. Und da heißt es immer, die Deutschen würden nicht auf die Straße gehen. Wenn sie etwas aufregte, dann äußerten sie sich nur an Stammtischen oder daheim, im Wohnzimmer. Stimmt ja nicht. Lena hat es gezeigt: Wir können auch die Straße besetzen – bislang allerdings nur, wenn wir frohe Emotionen austoben. Vielleicht erleben wir es ja doch noch, daß wir auch Empörungen nach draußen tragen. Etwa über Politiker, die mit Wort und Tat die mühsam errungene Demokratie und Freiheit gefährden. Herrgott, schenke uns doch auch für gerechten Protest eine Lena. ■

Rücktritt bedauert

(st) Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG hat den Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler tief bedauert. Es zeuge von Selbstlosigkeit, Geradlinigkeit und Größe, daß er eine Beschädigung seines Amtes nicht zugelassen habe. Das politische Deutschland verliere mit ihm ein Staatsoberhaupt von weltweiter Achtung und moralisch hoher Integrität. „Wir Opfer des kommunistischen Totalitarismus verlieren durch seinen Rücktritt einen verständnisvollen Freund an der Spitze unserer Nation, dem unser Schicksal am Herzen lag und dem die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur ein ständiges Anliegen war“, erklärte die UOKG. „Horst Köhler repräsentiert die Werte von Gerechtigkeit, Humanität und Demokratie, für die viele von uns Freiheit, Gesundheit und Leben einbrachten.“ Ausdrücklich dankte ihm der Dachverband für seinen aufopferungsvollen Dienst und sein persönliches Vorbild. ■

Nachträglich eingeladen

(dt) Frauen und Männer, denen in DDR-Jugendwerkhöfen seelisches und körperliches Leid zugefügt wurde, finden nun doch Gehör am Runden Tisch Kindesmißbrauch. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder will nach Medienberichten unter anderem Gabriele Beyler einladen, die Leiterin der Gedenkstätte im ehemaligen Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. „Das Thema Jugendwerkhöfe gehört mit auf die Agenda“, sagte sie. „Es wäre fatal, wenn der Eindruck entstehen würde, es gäbe Opfer erster und zweiter Klasse.“ Gabriele Beyler soll sowohl zur Arbeitsgruppe als

auch zur Opfer-Anhörung eingeladen werden. Als Vorsitzende des Vereins der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau sei sie prädestiniert, an der Aufarbeitung der dortigen Vorkommnisse mitzuwirken, hieß es im Familienministerium. Zusätzlich würden zur Anhörung weitere Opfer aus DDR-Jugendwerkhöfen an den Runden Tisch geladen. ■

DDR-Heime auf der Agenda

(mvr) Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommerns, Dr. Armin Jäger, hat erklärt, daß sich der Landtag im Rahmen einer Anhörung des Rechtsausschusses am 30. Juni auf Initiative der CDU ausdrücklich auch mit Mißbrauchsfällen in DDR-Heimen befassen werde. Als Experten habe der Rechtsausschuß die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marita Pagels-Heineking, den VOS-Landesvorsitzenden Hartmut Käsewurm sowie die Autorin Heidemarie Puls, die selbst Insassin des Jugendwerkhofs Torgau war, eingeladen. Die Anhörung werde sich mit den Mißbrauchsfällen an staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen, gleichzeitig solle über Vorbeugungsmöglichkeiten diskutiert werden, sagte Jäger. Es sei wichtig, daß sich im Zusammenhang mit der Mißbrauchsdebatte gerade auch den bisher weitgehend verdrängten Zuständen in Heimen und Jugendwerkhöfen der DDR gewidmet und den Opfern dieser Einrichtungen ein Podium der Aufarbeitung bereitgestellt werde. Auf die Anhörung hatten sich die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Die Linke gemeinsam verständigt. ■

Zeugnisse der Vergangenheit

(stbg) Seit Januar 2010 werden in den Kellerräumen des ehemaligen sowjetischen Untersuchungsgefängnisses in der Leistikowstraße in Potsdam von der Gedenk- und Begegnungsstätte Inschriften untersucht, die an den Wänden erhalten geblieben sind. Die fast 1500 ermittelten und dokumentierten Beschriftungen stammen überwiegend von Häftlingen aus der Zeit zwischen 1945 und 1986. Das Forschungsprojekt, das auch eine restauratorische Untersuchung sowie eine Publikation der Ergebnisse umfaßt, soll bis Mitte 2011 abgeschlossen werden. Nachdem man zunächst von nur 300 Inschriften ausging, stieg die Zahl der Funde inzwischen auf das Fünffache. Zwei ehemalige Häftlinge, die ihren Namen eingraviert hatten, konnten bereits ermittelt werden. ■

Mauerwunsch

(dcrs) Einer Emnid-Umfrage zufolge sind in den alten Bundesländern 24 Prozent und in den neuen Bundesländern 23 Prozent der Befragten zumindest hin und wieder für die Mauer. Etwa ein Sechstel empfinde eine neue innerdeutsche Grenze sogar als Glücksfall – in Ost und West gleichermaßen. Darüber hinaus können sich im Osten 80 Prozent und im Westen 72 Prozent auch ein Leben im Sozialismus vorstellen – vorausgesetzt, es sei für Arbeit, Solidarität und Sicherheit gesorgt. Ein Teil der Befragten gab zudem an, bereit zu sein, die eigene Wählerstimme für 5000 Euro zu verkaufen. ■

Kommentar

Zu Dank verpflichtet

Es ist noch nicht lange her, da feierte Altbundeskanzler Kohl seinen 80. Geburtstag. Es ist heute unbestritten, daß er es war, der mit Initiative, mit Klugheit, aber auch mit Zurückhaltung den Weg zur deutschen Einheit ebnete.

In den 16 Jahren seiner Kanzlerschaft hatte er zu den Regierungen fast aller wichtigen Länder ein tragfähiges Verhältnis des Vertrauens aufgebaut – zu dem konservativen Georg Bush sen. ebenso wie zum demokratischen Bill Clinton, zum sozialistischen Mitterrand wie zur eigenwilligen Margaret Thatcher und sogar zur neuen Führung der Sowjetunion unter Michael Gorbatschow. Das zahlte sich in der entscheidenden Phase 1989/90 aus. Obwohl manchen Ländern, auch des Westens, ein geteiltes, weil weniger mächtiges Deutschland angenehmer war, konnte sich schließlich niemand dem deutschen Wunsch nach

Einheit verschließen. Daß nicht alle Probleme im Zuge der Wiedervereinigung gelöst werden könnten und daß neue hinzukommen würden, war dem Historiker Kohl – trotz seiner zu optimistischen Voraussage der „blühenden Landschaften“ – sicher bewußt.

Profitiert von seiner geschichtlichen Leistung haben zweifellos besonders die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft im Osten Deutschlands. Denn eins ist ihnen nicht mehr zu nehmen: Was immer das SED-Regime gegen die Bevölkerung unternommen hat, Überwachung, Demütigung, Haft, Zersetzung, Bevormundung – es hat ihm nichts genützt. Seine Herrschaft ist beendet, die Führer vom Sockel gestürzt. Seine Opfer sind die Gewinner der Geschichte.

Hans-Peter Schudt

Der „Grad der Schädigung“

Gestaffelte Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Den meisten Opfern politischer Verfolgung in der DDR dürfte das Bundesversorgungsgesetz (BVG) bekannt sein, handelt es sich dabei doch um den Dreh- und Angelpunkt des SED-Entschädigungsrechts. Sowohl das Strafrechtliche als auch das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz stellen Versorgung nach dem BVG in Aussicht, soweit ein Betroffener aufgrund der politischen Verfolgung eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat. Daß es sehr schwierig ist, den Zusammenhang zwischen Verfolgung und Schädigung nachzuweisen, steht auf einem anderen Blatt und soll hier nicht näher beleuchtet werden.

Die Leistungen nach dem BVG sind breit gefächert. Sie reichen von einzelnen ärztlichen Behandlungsmaßnahmen bis hin zu einer weitgehenden materiellen Versorgung. Welche Leistungen aber der Betroffene im einzelnen erhält, hängt von dem Grad der Schädigung (GdS) ab, mit dem das Versorgungsamt die Schwere der Gesundheitsschäden bemißt. Der GdS wird nach Zehnergraden von 10 bis 100

öffnen jeweils einen neuen Leistungskatalog.

Doch zunächst zu den Ansprüchen, die ein GdS von unter 30 mit sich bringt: Es sind Heilbehandlung, Versehrtenleibesübungen und Krankenbehandlung. Das alles sind Maßnahmen, die vornehmlich darauf abzielen, die Gesundheitsschäden zu lindern, bzw. zu beseitigen. Damit ist die Behandlung sowohl körperlicher als auch seelischer Schäden umfaßt. Die Kosten der Behandlungen werden dabei vom Versorgungsamt übernommen. Der Katalog der Maßnahmen findet sich in § 11 Abs. 1 BVG.

Ab einem GdS von 30 kommen weitere Leistungen hinzu.

Zunächst entsteht ein Anspruch auf Grundrente. Diese ist einkommensunabhängig und nach GdS-10er Graden gestaffelt. Sie fängt bei 130 € – bei einem GdS von 30 – an und geht bis hin zu 631 € bei einem GdS von 100. Die genauen Werte können § 31 Abs. 2 BVG entnommen werden.

Für die meisten interessant ist der Berufsschadensausgleich. Demnach erhalten Beschädigte, deren Einkommen aus gegenwärtiger oder früherer Tätigkeit durch die Schädigungsfolgen gemindert ist, einen Berufsschadensausgleich in Höhe von 42,5 Prozent des Einkommensverlustes. Der Einkommensverlust wird dabei folgendermaßen berechnet: Man stellt das derzeitige Einkommen jenem Einkommen gegenüber, daß der Betroffene wahrscheinlich gehabt hätte, wenn die Schädigung nicht eingetreten wäre. Für die Feststellung dieses sogenannten Vergleichseinkommens wird das Durchschnittseinkommen der Berufsgruppe zugrundegelegt, welcher der Betroffene wahrscheinlich angehört hätte. Die Berechnung ist im einzelnen allerdings sehr kompliziert und kann hier nicht näher dargestellt werden. Wer dies vertiefen will, sollte sich in die Abs. 3-16 des BVG einlesen.

Doch das Reich des Berufsschadensausgleichs ist all denjenigen verschlossen, die für diese Tür keinen Schlüssel haben. Der Schlüssel heißt „besondere berufliche Betroffenheit“. Die besondere berufliche Betroffenheit, die zu einer Höherbewertung

des GdS-Grades führt, ist Grundvoraussetzung für den Berufsschadensausgleich.

Besondere berufliche Betroffenheit liegt vor, wenn Beschädigte durch die Art der Schädigungsfolgen im Beruf besonders betroffen sind. Dies ist vor allem der Fall, wenn der Beruf nicht mehr im vollen Umfang ausgeübt werden kann oder wenn der berufliche Aufstieg durch die Schädigung beeinträchtigt ist. Aus der Formulierung „durch die Art der Schädigungsfolgen“ ergibt sich, daß die Schädigung ursächlich sein muß für die Beeinträchtigung der Berufsausübung. Das heißt, der Betroffene muß den Zusammenhang zwischen Schädigung und beruflicher Betroffenheit beweisen – das gelingt leider nicht immer.

Diejenigen, die einen GdS von 50 erhalten haben, gelten als schwerbeschädigt. Solchen Betroffenen eröffnet sich ein weiterer Katalog an Leistungen. Zunächst wirkt sich die Schwerbeschädigung auf die Grundrente aus. Denn diese erhöht sich, wiederum gestaffelt nach GdS-Graden, um 24 bis zu 37 €. Dazu erhalten Schwerbeschädigte auch eine Ausgleichsrente in Höhe von 387 bis 631 €, auf die jedoch das Einkommen anzurechnen ist. Schwerbeschädigte erhalten außerdem einen Ehegatten- und einen Kinderzuschlag. Schließlich kommt für Schwerbeschädigte hinzu, daß ihnen Heilbehandlungen auch für Gesundheitsstörungen gewährt werden, die nicht als Folge einer Schädigung anerkannt sind. Das heißt, die Heilbehandlungen werden unabhängig von Ansprüchen gegen eine Krankenkasse gewährt.

Beschädigte mit einem GdS von 100, die durch die anerkannten Schädigungsfolgen gesundheitlich außergewöhnlich betroffen sind, erhalten eine monatliche Schwerstbeschädigtenzulage, die in sechs Stufen eingeteilt ist. Sie bewegt sich, je nach Stufe, zwischen 72 und 449 €.

In bestimmten Einzelfällen gibt es noch weitere Leistungen. Diese darzustellen, würde aber den hier gegebenen Rahmen sprengen. Bei Fragen zu diesen und anderen Themen können Sie gern die Hilfe der UOKG-Beratungsstelle in Anspruch nehmen (siehe Seite 19, Kasten unten rechts).

Florian Kresse, Jurist, UOKG e.V.

Das einzige, was man ohne Geld machen kann, sind Schulden. Heinz Schenk

Damit wollen wir gar nicht erst anfangen. Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten. Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“. – (Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

bemessen und darf nicht mit dem GdB (Grad der Behinderung) verwechselt werden (s. auch der stacheldraht 2/09, S. 5).

Als Richtlinie für die Bemessung des GdS dient die „Anlage zu § 2 der Versorgungsmedizin-Verordnung von 2008“, kurz „Versorgungsmedizinische Grundsätze“. Hier sind ausgewählte Gesundheitsschäden dargestellt und wie diese als GdS bemessen werden sollten. Die Versorgungsmedizinischen Grundsätze sind auf der Homepage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (www.bmas.bund.de) zu finden.

Drei GdS-Stufen sind indes besonders wichtig. Die GdS-Stufen von 30, von 50 und von 100, denn diese drei Stufen er-

Radios, die vom Himmel fallen

Zu neueren Entwicklungen in Nord-Korea

Die „Demokratische Volksrepublik Korea“ verspricht in ihrer neuen Verfassung, die allgemeinen Menschenrechte zu respektieren. Als Mitglied der Vereinten Nationen ist das Land ohnehin zu deren Schutz verpflichtet. Die Wahrheit indes ist, daß es im Norden Koreas noch immer sechs Gulag-Lager gibt, in denen nach einem unlängst veröffentlichten Bericht des US-Committee for Human Rights 150 000 bis 200 000 politische Häftlinge „unter elendsten Bedingungen“ leben. Sorgfältige Recherchen ergaben, daß während der letzten 30 Jahre dort wohl über 400 000 Menschen gestorben sind. Vergangenen Oktober schlug Seoul – nach deutschem Vorbild – öffentlich einen Freikauf solcher Gefangenen vor. Eine offizielle Antwort aus Pjöngjang gab es (wie vorherzusehen war) bisher nicht. Es wird kolportiert, daß der Freikauf unter beiderseitiger Garantie der Vertraulichkeit inzwischen begonnen hat. Nord-Korea ist hinsichtlich seiner katastrophalen Wirtschaftslage mehr denn je auf Geld angewiesen.

Angesichts der gegenwärtigen Hungersnot im Lande Kim Jong-ils versuchen immer mehr Nord-Koreaner, ihrem „Paradies“ zu entkommen. Bedingt durch die kolossalen Absperrungen des Regimes am 38. Breitengrad sind Fluchtversuche auf dem Landwege nahezu sicher zum Scheitern verurteilt und solche über das Gelbe Meer oder auch das Japanische Meer äußerst selten. Die meisten Fliehenden überqueren nachts den Tumen oder den Amrok. Diese beiden Flüsse bilden die 1334 Kilometer lange „Freundschaftsgrenze“ zur Volksrepublik China, die daher fast unbefestigt ist. Die Grenzeinheiten auf beiden Seiten sind – geschuldet ihrer schlechten wirtschaftlichen Situation – weitgehend bestechlich. Idealistisch-patriotisch eingestellte Schleusergruppen (in diesem Grenzgebiet existiert ein ganzes Untergrund-

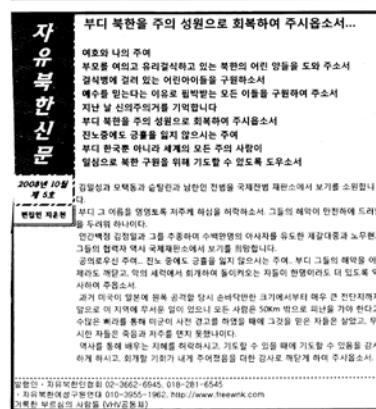
Netzwerk) und auf chinesischer Seite eine größere koreanische Minderheit versuchen zu helfen. Peking indes liefert die Geflüchteten wieder an Nord-Korea aus, wo auf diese wegen „Verrat am Vaterland“ Strafen von mindestens fünf Jahren Arbeitslager warten, recht oft aber auch öffentliche Exekutionen. Viele Flüchtlinge – man schätzt 20 000 bis 40 000 – leben deshalb illegal in China. Manche versuchen, eine westliche Botschaft in Südostasien zu erreichen. Kürzlich kamen 16 Geflohene in Thailand an, nachdem sie den Mekong-Fluß in Laos überwunden hatten – ihre Flucht dauerte 20 Tage.

Das End-Ziel ist stets der Süden des geteilten Landes. Erreichten ihn vor 1994 jährlich weniger als zehn Flüchtlinge, so überschritt ihre Zahl vor acht Jahren bereits die Tausender-Grenze und belief sich 2009 sogar auf 2 900 Menschen, die nach Süd-Korea gelangten. Ihre Eingliederung in eine ihnen in jeder Weise völlig neue Welt ist keineswegs immer einfach. Seit einiger Zeit absolvieren die Neuankommlinge ein zwölfwöchiges Programm, in dem ihnen das allgemeine Leben und speziell die Berufswelt Südkoreas erklärt werden.

Während der letzten Jahre wurden viele kleine Radioempfänger und recht oft auch Handys von China nach Nord-Korea geschmuggelt. Ob es chinesische Händler waren oder ob es andere Urheber gibt, bleibt unklar. Vor zwei Jahren vereinigten sich in Seoul die Organisationen der Flüchtlinge aus dem Norden und begannen bald mit Aktivitäten gegen die Diktatur in ihrer Heimat: Zum einen existiert das „Freie Radio für Nord-Korea“, das täglich fünf Stunden sendet. Es scheint etliche heimliche Informanten im Norden zu besitzen und durchweg gut informiert zu sein. Zum anderen startet die Gruppe „Kämpfer für ein freies Korea“ nahe der Demarkationslinie nachts haushohe Bal-

lons, die dann über der „Demokratischen Volksrepublik“ ihre „Freie Nord-Koreanische Zeitung“ buchstäblich vom Himmel fallen lassen. Auf sehr leichtem und wasserfestem Papier beschreibt sie in einzelnen Flugblättern das Luxus-Leben der kommunistischen „Volksführer“ und widerlegt zugleich Propagandalügen über Süd-Korea. Ihre Auflage ist unbekannt, gewiß, um der Geheimpolizei Pjöngjangs keinerlei Anhaltspunkte zu geben – es dürften monatlich etwa 100 000 solcher Botschaften sein. Seit letztem Oktober nehmen auch kleine Radioempfänger und seit Jahresbeginn sogar DVDs ihren Weg nach Norden, kleine Fallschirme vermeiden einen zu starken Aufprall auf dem Boden. Man kann davon ausgehen, daß dieser Propaganda-Krieg noch stärker wird.

Friedrich-Wilhelm Schломann



Solidarität mit den Menschen in Nord-Korea

Noch immer leidet das Volk Koreas im Norden des Landes unter der brutalen kommunistischen Diktatur. Um Solidarität zu zeigen, findet jeden Freitag eine Mahnwache vor der Botschaft Nord-Koreas statt. Es wäre ein wichtiges Signal, wenn sich möglichst viele dort in Berlin-Mitte, in der Glinkastraße 5-7, versammeln würden.

Aktionskreis gegen Diktatur

Flugblätter für Nord-Korea, veröffentlicht von Vereinigungen der Flüchtlinge aus dem Norden. Es wird berichtet, daß Kim Jong-il junge Koreanerinnen als Prostituierte benutzt, während die Bevölkerung verhungert, daß Christen verfolgt werden und Waisenkinder betteln müssen. Und es wird die Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung des Landes und auf die Verurteilung u.a. Kim Jong-ils durch den Internationalen Strafgerichtshof ausgedrückt.

Quelle: Schломann

Die Währungsunion 1990

Eine Geschichte der wundersamen Wege von Geld und Gold

Von Reinhard Dobrinski

Teil I – Milliarden verlassen das sinkende Schiff

Spätestens Ende November 1989 hatte die im Amt belassene SED-Nomenklatura um Gregor Gysi und Hans Modrow begriffen, daß der Weg in die deutsche Einheit unumkehrbar sein würde. Mit gleich drei Verfassungsänderungen trug man dem öffentlichen Druck und einer allgemeinen politischen Bedrohungslage Rechnung. Am 1. Dezember 1989 wurde die historische Mission – die „Führung der Arbeiterklasse unter ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ (Art. 1 Abs. 1 der Verfassung vom 7.10.1974) – aufgegeben. Ängste hielten sich, daß die hier und da hörbare Forderung, SED und MfS zu verbrecherischen Organisationen zu erklären, Wirklichkeit werden könnte. Genossen lieferten ihre Mitgliedsbücher in den Grundorganisationen körbeweise ab. Ein harter Kern jedoch bereitete sich mental auf den vermeintlichen Gang in den „Untergrund“ vor, eingeschlossen die Sicherung von Teilen des milliarden schweren Parteivermögens für den Überlebenskampf.

Der jämmerliche Auftritt Erich Mielkes am 13. November 1989 in der Volkskammer hatte auch im letzten Winkel der DDR deutlich werden lassen, daß der Ewigkeitsbund der SED mit den Blockparteien unter dem Schirm der Nationalen Front nicht mehr zu sichern war. Doch dem Hoffnungsträger (eine Schöpfung der westlichen Politikwissenschaft) Hans Modrow gelang eine „schleichende“ Kehrtwende. Nach dem historischen Vorbild der 50er Jahre, als Ulbricht & Co. für die deutsche Einheit unter dem Zeichen des „Fortschritts“ eintraten, kreierte er eine Regierung der nationalen Verantwortung. Die Berufung von drei Vertretern demokratischer Bewegungen am Zentralen Runden Tisch zu Ministern vollendete das Blendwerk. Die damit verbundene Hoffnung, daß die SED/PDS sich nunmehr unbesorgt auf die deutsche Einheit und die Rettung wesentlicher Teile ihres im In- und Ausland vagabundierenden Vermögens konzentrieren könnte, erfüllte sich. Schnell schlüpfte man in die Rolle des Wohltäters zurück und bedachte das dankbare Volk mit Geschenken aus dem Beutegut von 40 Jahren DDR. Aus dem durch legalisierte Bereicherung (Stichwort: Monopolstellung für Parteibetriebe)

angehäuften Parteivermögen wurden im Vorbeigehen drei Milliarden Mark als Geschenk an den DDR-Staatshaushalt ausgereicht. Millionenbeträge wurden gleichzeitig als Darlehen in ein Firmengeflecht gepumpt, um vorbeugend die Vermögensbilanzen zu schrumpfen.

Aufmerksam verfolgte die SED/PDS den Untersuchungsausschuß der Volkskammer zur Überprüfung von Amtsmißbrauch und Korruption, dessen Installation den Willen der SED/PDS und der ihr einst verbundenen Blockparteien zur Veränderung unter Beweis stellen sollte. Daß der ehe-



Von Marx aus dem Osten zu Münster in den Westen.

malige Präsident des Obersten Gerichts der DDR, CDU-Vorstandsmitglied Heinrich Toeplitz, die Rolle des Ausschußvorsitzenden zugewiesen bekam, deutet auf die Interessen auch der Blockparteien hin, die Aufdeckung ihre Teilhabe an den Privilegien unter Kontrolle zu behalten. Die von Toeplitz anlässlich einer Kommissionstagung geäußerte Besorgnis ist hinsichtlich ihrer paralysierenden Wirkung auf die Umbruchstimmung wohl durchdacht: Allerdings müsse man sehr genau aufpassen, daß die öffentliche Meinung nicht überzogen reagiert und Selbstjustiz zugelassen wird. (Zitat nach Lutz Schendelbach, Berliner Zeitung vom 16./17. Dezember 1989) Hinter dieser demokratisch getünchten Fassade, die den gezügelten Volkszorn gegen Honecker, Mielke, Tisch und die SED-Bezirkssekretäre lenken sollte, werden im Verborgenen Entscheidungen der alten Seilschaften zur persönlichen materiellen Sicherstellung in einem vereinten Deutschland getroffen.

Das Volkseigentum unterliegt bereits gezielten Zugriffen, noch bevor die gesetzlichen Grundlagen das Reglement für die Transformation des Volkseigentums in die Marktwirtschaft festlegen (durch den „Beschluss vom 1.3.1990 zur Gründung

der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt) und Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften“, GBl. I Nr. 14/1990) und sich der Weg in die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik abzeichnet.

Wie wenig überschaubar allein dieser Prozeß für die PDS-Eliten war, zeigt ein Diskussionspapier vom April 1990 zum im Auftrag des Zentralen Runden Tisches erarbeiteten Verfassungsentwurf der DDR (Autoren Dr. Karl-F. Gruel, Dr. Angelika Schiffers): „Klar ist, daß das Volkseigentum als zentral-administrativ geleitetes und dominierendes Eigentum nicht weiter bestehen kann. [...] Die PDS ist gegen eine generelle Privatisierung dieses Eigentums und vor allem auch dagegen, daß es durch alte und auch neue Machthaber unbedacht verkauft oder verschleudert werden kann.“

Der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 (GBl. I Nr. 34/1990) und eine ganze Reihe ihn begleitende Gesetze, u.a. über die Mark-Schlußbilanz per 30. Juni und die DM-Eröffnungsbilanz per 1. Juli 1990, lassen die Dimensionen der anstehenden Aufgaben sichtbar werden. Landläufig wurde mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion allein die Tatsache verbunden, daß ab 1. Juli 1990 die Deutsche Mark Zahlungsmittel sei und Sparguthaben ab einer bestimmten Höhe halbiert würden. Irgendwie geisterte auch immer noch die Hoffnung herum, daß DDR-Bürger Anteilsscheine am Volkseigentum erhielten. Das PDS-Diskussionspapier zur Verfassung nährte jenen Gedanken und ließ manchem diese Partei deshalb in altem Glanze erscheinen. Die SED-/PDS-Strategen und die einem Komitee zur Auflösung des MfS/AfNS zur Seite gestellte Stabsgruppe des ehemaligen Generalmajors Engelhardt verfolgten indes ihre eigenen Ziele, die die Absicherung des persönlichen Wohls mit Blick auf das Volkseigentum einschlossen.

Der Ministerrat der DDR (dahinter die SED und ihre Blockparteien), das MfS und der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) hatten sich kraft der Führungsrolle der Partei einen übergesetzlichen Status bei der Versorgung „verdienter“ Genossen und Parteifreunde mit Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Stadtvillen (im Falle des MfS auch unter Legende erworbene konspirative Objekte) zuer-

kannt. Als Verwalter dieser Immobilien fungierte die Versorgungseinrichtung des Ministerrates (VEM), die ihrerseits mit umfassenden Sonderrechten ausgestattet war. Eine Prüfung der Staatlichen Finanzrevision/Valutakontrollgruppe, die im Januar/Februar 1990 parallel zu einer Prüfung im KoKo-Bereich stattfand, vermittelte erstmalig Einblick in das Verwaltungs- und Finanzgebaren dieses Immobilienverwalters.

Die Konfrontation der Prüfer mit den Privilegien der Nutzer der Wohngebäude mündete in Feststellungen, die die innergesellschaftliche Korruption unter Nennung von Roß und Reiter aufzeigten. Bemängelt wurde auch, daß der vollständige Ausweis der Grundstücke in der Grundmittelrechnung nicht gewährleistet war. Auf eine Klärung der Unstimmigkeiten wurde noch während der Prüfung verzichtet.

Auffällig ist, daß die Prüfer keinen Bezug auf den Ministerratsbeschluß vom 14.12.1989 nehmen. Vorenthaltene Informationen sind nicht ausgeschlossen, denn der Vermerk „Vernichtung nach Ausführung“ weist auf besondere Vertraulichkeit hin. Mit diesem Begünstigungsakt durch Hans Modrow werden hinter dem Rücken des Volkes und entgegen der Gesetzes- und Verfassungslage insgesamt 63 Ein- und Zweifamilienhäuser den bisherigen Nutzern, durchweg „verdienstvolle“ Genossen und Veteranen, zum Kauf angeboten.

Im KoKo-Bereich wird in Abwesenheit des „Republikflüchtigen“ Alexander Schalck-Golodkowski, als wären beide Aktionen koordiniert worden, genauso verfahren. Insgesamt 32 Häuser, die sich in Rechtsträgerschaft der KoKo befinden, werden Mitarbeitern oder privilegierten Persönlichkeiten, die aus dem KoKo-Bestand versorgt wurden, zum Kauf angeboten, darunter im Reetzer Weg (Berlin-Kaulsdorf) eine ganze Straßenzeile.

Unausweichlich stellt sich die Frage, was diesbezüglich im MfS/AfNS geschah. Ein hochrangiger Zeitzeuge, der ehemalige Generalmajor Werner Hennig, wurde dazu am 7. März 1995 im 2. Untersuchungsausschuß „DDR-Vermögen“ des Deutschen Bundestages in Bonn befragt. Und trotz seiner – den Abgeordneten Ehrlichkeit suggerierenden – Ausführungen, erwies sich der „Ehrenmann“ als dreister Lügner. Nach amtlicher Publikation in der „Woche im Bundestag“, Heft 7/1995, sagte er aus, er wisse nicht, ob



Antrag Generalmajor Engelhardts vom 11.12.1989 auf einen Bargeldkredit des AfNS (Nachfolger d. MfS).

es Erlöse aus dem Verkauf von Immobilien an Mitarbeiter des MfS gegeben habe. Darüber könne die MfS-Abteilung „Rückwärtige Dienste“ Auskunft geben.

Diese Erklärung befriedigte offensichtlich die Abgeordneten. Tatsächlich aber war es die letzte erfolgreiche Schlacht des Generals im „Operationsgebiet“. Seine Lüge wurde von den Parlamentariern für bare Münze genommen. Nach den Grundsätzen der staatlichen Haushaltsbuchführung (Kameralistik), die hüben wie drüben nahezu deckungsgleich waren, mußte jeder Verkauf auch für die Abteilung Finanzen sichtbar werden und über die Kontierung den Zusammenhang offenlegen. Der Kaufpreis mußte also, den Betrugsfall ausgenommen, als Gutschrift auf dem MfS-Haushaltskonto erscheinen. Nach unseren Recherchen gab es in den Jahren 1987/88 eine Zunahme von Grundstücksverkäufen, und in nicht wenigen Fällen beantragten die Begünstigten bei dem Dienstherrn der MfS-Sparkasse, Werner Hennig, einen Kredit zur Finanzierung der Kaufsumme.

Derartige Fälle reichten natürlich auch in die Umbruchszeit 1989/90 hinein. So fand Generalleutnant Wolfgang Schwanzitz in seinem Posteingang am 11. Dezember 1989 einen Brief von Generalmajor Engelhardt. Mit nur wenigen Zeilen trug der Absender die Bitte vor, seinem Kreditantrag gegenüber der MfS-Sparkasse zur Finanzierung eines von der Versorgungseinrichtung des Ministerrates (VEM) im Kreis Fürstenwalde angebotenen Grundstückes zuzustimmen.

Nach von uns recherchierten Unterlagen wurden etwa 425 Grundstücke des MfS durch die VEM verwaltet. Bei Bedarf an konspirativen oder Erholungsobjekten wurden an jedem beliebigen Ort in der DDR Rechtsträgerwechsel oder Zukäufe sichergestellt.

Eine Weisung von Mielke regelte zudem das Verfahren des konspirativen Erwerbs von Grundstücken für das MfS, den Kauf unter Legende durch Privatpersonen mit finanziellen Mitteln des MfS eingeschlossen. Den dabei möglichen Risiken wurde vorgebeugt, indem für die Verpflichtungsakte des Betreffenden bei Vollzug des Kaufvertrages vor dem Notar gleichzeitig beurkundet wurde, daß das betreffende Grundstück nicht persönliches Eigentum sei, sondern für das Ministerium für Staatssicherheit erworben, also Eigentum des Volkes wäre. Es gehört zu den Geheimnissen des Untergangs von „Schild und Schwert“, ob diese Grundstücke Grundlage individueller Bereicherung wurden, indem man die Verpflichtungsakte säuberte.

Erwähnenswert wegen ihrer zeithistorischen Bedeutung erscheint die Aussage Hennigs zum MfS-Etat vor dem oben erwähnten Untersuchungsausschuß am 7.3.1995, er habe 1989 einen Etat von 1,5 Milliarden Mark der DDR verwaltet. Tatsächlich belief sich der MfS-Etat nach der Druckliste 3301/303, Blatt 172 vom 29.13.89 (ein der EDV geschuldetes Datum), auf nahezu das Dreifache: auf über 4,2 Milliarden Mark.

Quelle: BStU

In der nächsten Ausgabe:
Teil II – Land in Sicht für die Milliarden

Politische Sicherungsverwahrung

Psychiatriemißbrauch in der DDR

Von Dietrich Koch

Teil I – Wer nicht gesteht, ist anomal

Drei Tage vor der Sprengung der Leipziger Universitätskirche St. Pauli am 30. Mai 1968 wurde ich vor dieser Kirche festgenommen und ein Ermittlungsverfahren wurde eröffnet. In einem von Hysterie geprägten Verfahren wurde ich von der Deutschen Akademie der Wissenschaften, bei der ich als theoretischer Physiker arbeitete, fristlos entlassen und war anschließend arbeitslos. Im Herbst 1969 bot mir Carl Friedrich von Weizsäcker eine Arbeit an und sagte zu, sich für meine legale Übersiedlung in den Westen einzusetzen. Kurz danach wurde mir durch Dr. Otto Bach und Oberarzt Dr. Klaus Weise von der Psychiatrischen Leipziger Universitätsklinik eine Stelle als Wissenschaftsorganisator für ein DDR-weites Forschungsprojekt zu dissozialem Verhalten offeriert; ich nahm an. Die staatsanwaltschaftliche Abklärung zog sich hin. Zwei Wochen nach Arbeitsaufnahme verhaftete mich das MfS am 16.4.1970. Zu einem Hauptthema der Verhöre wurde der Plakatprotest vom 21. Juni 1968 in der Kongreßhalle gegen die Sprengung der Universitätskirche, für den ich den Wecker-Auslösemechanismus gebaut hatte.

In einem 23-monatigen Ermittlungsverfahren versuchte die Staatssicherheit mit ungeheurem Aufwand, mich kooperativ zu machen und zu Selbst- und Fremdbezichtigungen zu bringen. Als ich nach einem halben Jahr der Verhöre noch immer nicht gestanden hatte, formulierte das MfS eine „Konzeption zum taktischen Vorgehen“ gegen mich, in der es auf der ersten Seite heißt: „Trotz intensiver Vernehmung ist es nicht gelungen, den Beschuldigten Koch zu einem Geständnis über seine und die Straftaten anderer Personen zu bringen. Er hat sich eine Konzeption erarbeitet, wonach er nur bereit ist, etwas auszusagen, wenn ihm konkrete Beweise vorgelegt werden, ansonsten will er keine Aussagen machen, um sich und andere nicht zu belasten. [...] Während den Vernehmungen hält er sich konsequent an sein Konzept.“

Die Konzeption enthält auf zehn Seiten über 50 einzelne Punkte, um von mir

ein Geständnis zu bekommen, z.B.: „Die intensive Vernehmungsarbeit mit dem Beschuldigten KOCH ist weiterzuführen, um möglichst größere Pausen, während denen er sich jedes Mal erholt, zu verhindern.“ (Konzeption 1.1.4)

Die Methoden des MfS waren vielfältig: Neben dem gegeneinander Ausspielen von Freunden zählten Isolation, Depri-

Sachverhaltes geht. Es wurde deshalb davon abgesehen, die für den heutigen Tag geplante Gegenüberstellung zwischen Jütte, Franz [Name geändert – d. Autor] und Koch, Dietrich durchzuführen, weil aufgrund jüngster Erfahrungen mit Koch das Ziel einer solchen Maßnahme nicht erreicht werden kann.“ Wenige Tage später wurde ich ins Haftkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie Waldheim



Foto: Thomas E. Götz

Dietrich Koch – widerstand 19 Monate der Taktik des MfS, trieb die Vernehmer in den Wahnsinn und wurde dafür in die Psychiatrie gesperrt.

vation, Täuschungen, Bluffs, Drohungen, Erpressungen, Ultimaten, Verlockungen mit Milde und Zellen-Informanten dazu, und bei mir auch der Einsatz von Psychopharmaka und eines Stasi-Psychiaters. Die ständigen Bemühungen, „daß KOCH ständig in Unruhe gehalten werden muß“ (Konzeption 1.3.2), waren ein systematischer Erschöpfungsfeldzug in Hunderten Stunden Verhören – ganztägig, oft auch nachts. Dadurch und mit vielfachen Beschuldigungen – dutzendfache staatsfeindliche Hetze, Verbindungsaufnahme, Gruppenbildung, Fluchtvorbereitung und staatsfeindlicher Menschenhandel – erzeugte die Staatssicherheit eine extreme Dauerbelastung.

Aber ich wurde nicht geständig. Am 15.11.1971 schrieb mein Vernehmer in einer Aktennotiz:

„KOCHs Verhalten zeigt klar, daß es ihm nicht um Klärung von Widersprüchen sondern im Gegenteil um die Verwirrung des

gebracht. Das MfS hatte es mit mir aufgegeben. Die Verhöre waren nun wirklich zu Ende. Das Ergebnis der Begutachtung erfuhr ich nicht.

Beim Prozeß im März 1972 sah ich meinen Anwalt das erste Mal. Er kannte, wie ich, weder die Akten, noch die Anklageschrift noch das psychiatrische Gutachten. Der anwesende Gutachter, Leutnant Dr. Petermann, bezog sich auf das uns unbekanntes Gutachten und verschärfte es noch. Im Urteil steht: „Der Angeklagte ist in den wesentlichsten Punkten des ihm zur Last gelegten strafbaren Verhaltens nicht geständig.“ (Urteil, S. 7)

Das Urteil endet: „Um dem Wiederholen derartigen Verhaltens vorzubeugen und damit die Gesellschaft vor staatsfeindlichen Angriffen zu schützen [...] ist des weiteren nach Verbüßung der Freiheitsstrafe [...] die Einweisung des Angeklagten in eine psychiatrische Einrichtung [...] erforderlich.“ (Urteil, S. 12)

Erst nach 1989 erfuhr ich aus den Stasi-Akten folgendes: Der Begutachtungsauftrag erfolgte durch den Leipziger Stasi-Major Etzold und danach wortgleich durch den Staatsanwalt. Darin heißt es: „Während der Untersuchungshaft zeigte sich der Beschuldigte ebenfalls sehr uneinsichtig und beging eine Reihe von Anstaltsverstößen, die in diesem Umfange bisher bei keinem Beschuldigten in Erscheinung getreten sind.“

Ein abschließender Verhaltensbericht des MfS präzisiert: „Seit seiner Inhaftierung versuchte der Untersuchungshäftling ständig, die Anstaltsordnung zu umgehen und war nur bereit, darüber wahrheitsgemäße Angaben zu machen, wenn er sich entdeckt glaubte. So hat er mehrfach Klopfzeichen mit anderen Mitgefangenen ausgetauscht und Gegenstände der verschiedensten Art widerrechtlich hergestellt und aufbewahrt. Sehr häufig verstieß er gegen die Festlegungen zur Schreiberlaubnis und mußte in einigen Fällen seine Briefe mehrfach schreiben. [...] Es zeigte sich auch während seiner Unterbringung, daß er einen negativen Einfluß auf Mitgefangene ausübte, die er ebenfalls zu Disziplinverstößen verleitete. Anordnungen der Angehörigen der Untersuchungshaftanstalt kam er nur widerwillig nach.“

Zum Schluß beantragte der Staatsanwalt: „Das nervenfachärztliche Gutachten soll [...] auch zur Frage einer notwendig werdenden unbefristeten Unterbringung Stellung nehmen.“

Das Gutachten sagt: „Die forensisch-psychiatrische Beurteilung im vorliegenden Fall wird nun dadurch erheblich erschwert, daß die K. zur Last gelegten strafbaren Handlungen eine genaue zeitliche Zuordnung nicht möglich machen, sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. Andererseits ist K. zu motivierenden Angaben nicht zu bewegen, weil er sich im Sinne der strafbaren Handlungen nicht schuldig fühlt, angeblich mehr oder weniger unwissend gewesen sein will, überhaupt eine Straftat begangen zu haben.“

Die diagnostischen Bemühungen des Gutachters sind insoweit erfolglos: „Zwischen den beschriebenen psychischen Abnormitäten und den K. zur Last gelegten strafbaren Handlungen bestehen nun keine kausalen offensichtlichen Verbindungen bzw. lassen sich keine explorieren, eben weil K. bestreitet, strafbare Handlungen begangen zu haben oder aber diese zu bagatellisieren versucht.“

Schließlich baut der Gutachter die Stasi-Behauptung meiner besonderen Widerspenstigkeit ein: „Wir sind der Meinung, daß der Beschuldigte im normalen Strafvollzug, auch unter Aufbietung aller pädagogischen Möglichkeiten, durch sein zum Teil krankheitsbedingtes Verhalten größere Auffälligkeiten und Schwierigkeiten bieten dürfte. Beredter Beweis für diese Behauptung unsererseits stellt sein Verhalten während der U-Haft dar.“ Entlarvend ist, daß das Gutachten das Stasi-Argument von meiner besonderen Uneinsichtigkeit und meinen einmalig umfangreichen Anstaltsverstößen aufnimmt. Es ist geradezu lächerlich als Begründung für eine psychiatrische Unterbringung und scheint mir in ein Denken zu passen, das widerständiges Verhalten als psychopathologisch ansieht.

Was ließ das MfS zur Einweisung in die Psychiatrie greifen? War es Rache dafür, daß die Stasi mich nicht kleinbekriegt hatte, oder hielt sie mich tatsächlich für krank, weil ich ihren recht ausgefeilten Verhörmethoden standgehalten hatte? Das Urteil „um dem Wiederholen derartigen Verhaltens vorzubeugen und damit die Gesellschaft vor staatsfeindlichen An-

spruch nehmen müssen.“ Daraus schloß ich, daß er sein eigenes Gutachten nicht ernstnahm, und daß ich wohl nun bald abgeschoben würde.

Nach etwa einem halben Jahr im Psychiatrischen Haftkrankenhaus kaufte mich die Bundesregierung frei. Ich promovierte bei Carl Friedrich von Weizsäcker in Philosophie und war an der Universität Essen im Fach Philosophie tätig. Meinen Erfahrungsbericht habe ich aufgeschrieben (Dietrich Koch: Das Verhör. Zerstörung und Widerstand. 3 Bde., Dresden 2000 u. 2001). Im Westen hatte ich mit Psychiatrie nichts mehr zu tun.

Im Psychiatrischen Haftkrankenhaus Waldheim mußte ich – wie die meisten anderen Gefangenen – hohe Dosen Psychopharmaka nehmen: 3x täglich 4-8 Propaphenin (Phenothiazin) plus 3x 4-8 Prothazin. In München dauerte es zwei Wochen, bis ich die Psychopharmaka „ausgeschlichen“ hatte. Aber 25 Jahre später, als ich meinen Bericht über die Stasi-Haft aufschrieb, hatte ich wieder Nebenwirkungen, wie damals, als ich die Pillen nehmen mußte: trockener Mund, Müdigkeit, eine besondere Speichelkon-

Dösen tätig). Seine Devise ist, er kann nur für das bestraft werden, was bewiesen ist und was wir nicht beweisen können, darüber sagt er nichts aus. Dieses Verhalten hat er auch anderen Beschuldigten beibringen wollen und hat deshalb sogenannte Probervernehmungen durchgeführt. Während den Vernehmungen hält er sich konsequent an sein Konzept.

Für die weitere Bearbeitung besteht weiterhin das Ziel, den Beschuldigten zu einem Geständnis zu bewegen. Dazu ist die Ausarbeitung einer Konzeption notwendig, in der eine Reihe taktischer und operativer Maßnahmen als einheitlicher Komplex auf die Erreichung dieser Zielstellung hinwirken. Diese Konzeption muß von allen an der Bearbeitung Beteiligten peinlich genau eingehalten werden, um einen möglichst hohen Wirkungsgrad zu erreichen.

Aus der „Konzeption für das taktische Vorgehen in der Bearbeitung des Beschuldigten Koch, Dietrich“ vom 16.10.1970.

griffen zu schützen“, bedeutete praktisch Sicherungsverwahrung, obwohl es diesen Terminus in der DDR nicht gab.

Fast zweieinhalb Jahre nach meiner Verhaftung wurde ich zu Leutnant Dr. Petermann gerufen. Wörtlich sagte er mir: „Herr Koch, bei Ihnen haben sich überraschende Selbstheilungstendenzen gezeigt.“ Spöttisch lächelnd fügte er hinzu: „Ich nehme an, daß Sie dort, wo Sie in Zukunft leben werden, die Hilfe meines Fachgebietes nicht mehr in An-

sistenz und „Sprachkieker“ mit starken Sprachhemmungen. Manchmal konnte ich kaum noch sprechen – alles, obwohl ich seit 25 Jahren keine Psychopharmaka mehr genommen hatte. Erst als das Buch fertig war, verschwanden diese Flashbacks wieder.

In der nächsten Ausgabe:
Teil II – Ein Einzelfall, der keiner war

Die Farben der Seele

Malen als Therapie

Die Tür steht offen. Es ist ein sonniger Tag, und warme Luft weht in den Ladenraum. Drinnen sitzen ein paar Menschen, die dem schönen Wetter scheinbar keine Aufmerksamkeit schenken. Selbstvergessen und konzentriert beugen sie sich über große Zeichenbretter und arbeiten an ihren Bildern. Es könnte ein Malkurs für sinnsuchende Hausfrauen sein. Doch die Mitglieder dieser Gruppe suchen etwas anderes – Erinnerung und Vergessen, Verwundung und Heilung, Zorn und Frieden.

Es sind politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur, die sich einmal im Monat in der Berliner Beratungsstelle Gegenwind zum Malen treffen. Angeleitet von dem Maler und Graphiker Dieter Zander, versuchen sie, das Unausprechliche in Bildern oder Objekten auszudrücken. Im Gegensatz zu anderen therapeutischen Einrichtungen werden hier die Darstellungen jedoch

Wenn die Bilder aber nicht der Auswertung dienen, wozu werden sie dann gemalt? Bettina Kielhorn nennt es die „nonverbale Trauma-Verarbeitung“, Dieter Zander „bildnerische Tagebücher“. Zersetzungs-, Verfolgungs- und Haftenerlebnisse, alte und neue Demütigungen quälen die Betroffenen seit Jahrzehnten. Das alles kann oft nicht in Worte gefaßt werden. Manchmal wäre es einfach zu schmerzhaft. Das Bild im Kopf aufs Papier zu bringen, ist da eine Alternative, die Distanz herstellt und entlasten kann. Die Themen werden selbst gewählt, ebenso die Darstellungsform, die Farben, das Material. Schon wenige Striche oder sogar ein leeres Blatt können Bedeutung haben für den, der sich mit seiner bedrückenden Vergangenheit auseinandersetzt. Gelegentlich wirkt anregend, was auf den Zeichenbrettern der anderen entsteht. Es kommt auch vor, daß ein Teilnehmer nicht in der Lage ist, etwas auszudrücken, aber bei der Gruppe sitzt, um zuzuschauen.

Dieter Zander kennt sich aus mit künstlerischen Techniken, doch er kann auch nachfühlen, was die Menschen hier bewegt, denn er war selbst politischer Verfolgung in der DDR ausgesetzt. Und er versteht, daß ein Mann seine Richter gemalt hat. Nicht die damaligen Richter, sondern die vom Sozialgericht. Sie haben aus der Haft herrührende Gesundheitsschäden nicht anerkannt. Das wirkt wie eine Bestätigung des alten Unrechts, tut in der Seele weh und läßt ohnmächtigen Zorn zurück.

Nicht auf allen Bildern sind nur Schmerz, Gewalt und Terror zu sehen. „Etwas Schönes malen“ wird manchmal zum tiefen Bedürfnis nach dem peinigenden Aufrühren längst vergangener Ereignisse, die bis heute das Innere vergiften. In der Fachsprache heißt das „Ressourcenbild“. Blumen, Himmel, Sonne, fröhliche Menschen in warmen Farben erinnern daran, daß zwischen all dem erfahrenen Leid auch gute Erinnerungen verborgen sind, seelische Reserven als Licht am Ende des Tunnels.

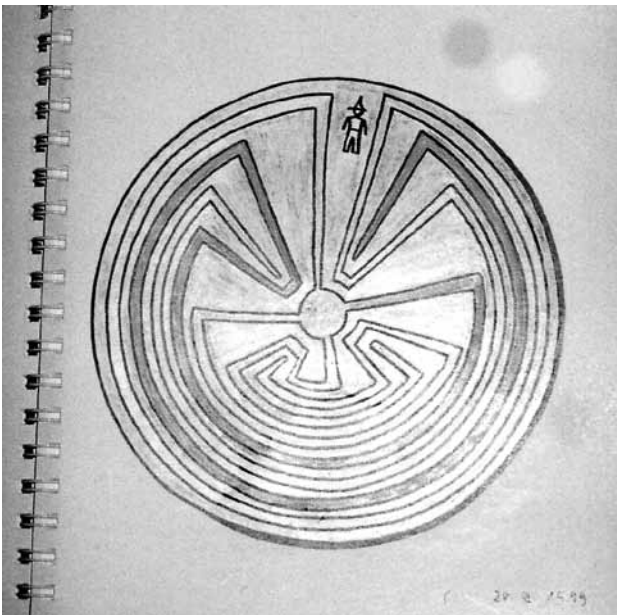
So etwas möchte Victoria D. gern malen. Sie will abschalten und kann es doch nicht. Noch immer kommen der Mittvierzigerin die Tränen, wenn sie von der Zelle im Jugendwerkhof spricht und vom

riesigen Schlüsselbund des Schließers. Sie hat schwere Depressionen, körperliche Krankheiten und mehrere Selbstmordversuche hinter sich. Seit 2000 ist die gelernte Laborantin berentet. Jetzt fühlt sie sich einsam. Sie würde so gern entspannen, doch es gelingt ihr fast nie. Immer spürt sie den Druck, etwas tun zu müssen. Dabei gibt es gar nicht mehr viel zu tun. Die Hausarbeit ist schnell erledigt. Dann sucht sie sich etwas, nur, um nicht nachdenken zu müssen. Victoria D. hat ihr dickes Mandala-Buch mitgebracht. Sie wählt ein Motiv aus und beginnt, mit sorgfältig zusammengestellten Farben auszumalen. Unter jedem Bild steht das Datum seiner Fertigstellung. Das solle erst der Anfang sein, erklärt sie. Damit sie sich zwingen könne, in die Gruppe zu kommen, weil sie gerade in einem Tief stecke. Aber sie glaubt, wenn es ihr besser geht, wird sie auch aus freier Hand malen. Jetzt geben die Mandalas ihr erst einmal Halt und Struktur. Sie sucht fröhliche, leuchtende Farben aus und versucht, sie harmonisch aufeinander abzustimmen. „Harmonie. Aber sonst, alles schwarz“, sagt sie und weint wieder.

Auf einer schon kolorierten Seite ist ein kleines Männlein am Eingang – oder am Ausgang – eines Labyrinths zu sehen. Dieses Motiv hat starke Symbolkraft für Victoria D. Das Männlein sei ihr Stiefvater, dem sie zeigen könne, daß sie trotz allem ihr Leben bewältigt habe. Zu dem „trotz allem“ gehören nicht nur Krankheiten, Kummer und Rückschläge, sondern auch das, was der Stiefvater ihr einmal angetan hat. Über den Jugendwerkhof konnte sie nach der Entlassung mit ihren Eltern nie sprechen, für die war das Thema tabu. Und wenn sie zu hören bekommt, es sei doch nichts Schlimmes passiert in der DDR, dann wird sie noch heute wütend.

Ist ein Bild fertig, legt Victoria D. es zur Seite und hat kein Bedürfnis, es noch einmal anzusehen. Vielleicht, meint sie, gelingt ihr später ein anderer Umgang damit. In seltenen Momenten malt sie ein Motiv auch zu Hause aus. Aber es ist nicht so, wie in der Gruppe. Da ist sie nicht allein, kann mit jemandem reden. Das Malen fällt ihr gleich viel leichter. „Und dann komme ich raus, und fühle mich irgendwie frei.“

Dieter Zander erzählt, wirklich bezie-



Das Labyrinth von Victoria D.

nicht als Ausgangspunkt für Analysen genutzt, sagt Psychologin Stefanie Knorr. Gemeinsam mit der Sozialpädagogin Bettina Kielhorn begleitet sie die Zusammenkünfte. Denn es kann vorkommen, daß die Beschäftigung mit dem Erlebten vernarbte Wunden aufbrechen läßt und die Gefühle übermächtig werden. Die beiden sind froh, daß ihr seit 2007 existierendes Projekt endlich auch finanziell abgesichert ist, vom Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit.

hungslose Darstellungen gebe es kaum. Die meisten seien gegenständlich, allerdings für den Außenstehenden nicht immer zu erkennen. Manche Formen hätten nur für die Zeichnenden selbst eine konkrete Bedeutung. Das scheint auch auf ein eben vollendetes Bild in warmen Rot-, Grün- und Lilatönen zuzutreffen. Einzelne schlangenartige Gebilde gruppieren sich um ein großes abgegrenztes Zentrum mit kleinen schwarzen Einschlüssen. Ein Bißchen erinnert das Ganze an Mikroskop-Bilder, vielleicht von einer Gewebezelle mit ein paar Streptokokken. Die Assoziation ist naheliegend, denn hier war eine Naturwissenschaftlerin am Werk. Gertrud P. ist 79 Jahre alt und neu in der Gruppe. Aber es ist nicht ihre erste. Sie hat bereits im Berliner Zentrum für Folteropfer an therapeutischen Treffen teilgenommen, bei denen gemalt wurde. „Dabei habe ich gemerkt, wie eng ich bin“, versucht sie den Zustand zu beschreiben, der sie quält. Sie fühle sich so eingeeengt, daß auch all die düsteren Erinnerungen an ihre Haft und die Zeit danach nicht herauskommen könnten.

Als Studentin an der Freien Universität in West-Berlin war sie zu Besuch bei ihren Eltern im Osten, als man sie verhaftete. Die ganze Familie war antikommunistisch eingestellt. Gertrud P. wurde lange verhört, schließlich verurteilt. Trotz mehrerer Amnestien mußte sie ihre Haft von 1959 bis 1962 vollständig absitzen. Eine Polit-Offizierin bemühte sich währenddessen, sie für die Mitarbeit bei der Staatssicherheit zu gewinnen. Das lehnte sie ab. „Hätte ich damals zugestimmt, wäre ich vielleicht noch vor dem Bau der Mauer rausgekommen“, sagt sie heute.

So aber fand sie sich nach der Entlassung in einem abgeriegelten Land wieder. Der Weg in den Westen war nun versperrt. Die späteren Jahre bis 1989 hat sie wie eine andauernde Haft erlebt, die ihr Leben zerstörte.

Gertrud P. gerät jeden Tag in Wut. Da ist diese Wut von früher, und da ist diese Wut von heute. Sie lebt in Potsdam, regiert von alten Seilschaften und umgeben von Nachbarn, die der DDR offen nachtrauern. Wütend macht sie auch der Brandenburger Ministerpräsident: „Platzek spricht von Versöhnung. Versöhnung wäre, wenn mein Staatsanwalt jetzt fünf oder zehn Jahre sitzen müßte.“ Die ganze Verharmlosung ist ihr ein Greuel, manchmal hält sie ihre Umgebung kaum aus. Sie hätte Lust, nach Lübeck zu ziehen. Doch dort kennt sie niemanden, wäre isoliert. „Und im Westen“, sagt sie, „gibt es auch solche Leute. Die halten am alten DDR-Bild fest aus reiner Ignoranz.“ So bleibt Gertrud P., wo sie ist – isoliert in Potsdam.

Ihr heutiges Bild sollte ein schönes werden. Sie hat ihre Lieblingsfarben genommen und sich schon beim Malen wohlfühlt. Das Bunte und Lebensfrohe schien endlich befreit zu sein. Einige Stellen auf dem Blatt waren leer geblieben. Dieter Zander gab ihr den Rat, die farblosen Flächen mit Grau zu füllen. Das Ergebnis hat sie getroffen. „Denn die Farben“, sagt Gertrud P., „sind das, was einmal war. Und das Grau ist meine Seele – ist das Jetzt.“ - lepl -

(Die Namen der Gruppenteilnehmer wurden von der Redaktion geändert.) ■

Plätze frei

In der therapeutischen Malgruppe der Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“ für politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur sind noch einige Plätze frei. Betroffene können sich dort einmal im Monat künstlerisch mit ihrer persönlichen Verfolgungsproblematik auseinandersetzen. Auch Männer sind sehr willkommen.

Termin: jeder letzte Montag im Monat, 10 bis 13 Uhr
Ort: „Gegenwind“, Bredowstr. 36, 10551 Berlin-Moabit
Kontakt: Tel. (030) 39 87 98-11/-12, Fax -13, tel. Sprechzeiten Mo, Di, Do 10-12 Uhr

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Treuchtlinger Kurier...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.



Fotos: N. Radlitz

Bekennender Terror und Zersetzung

21. Bautzen-Forum am 6. und 7. Mai 2010: Unrechtsstaat DDR – Willkür. Gewalt. Macht.

Das von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete Bautzen-Forum beschäftigt sich bereits seit 1990 intensiv mit der Geschichte der Opfer in der DDR. In diesem Jahr griff es die Debatte um den Begriff „Unrechtsstaat“ auf, setzte sie jedoch nicht einfach fort, sondern machte es sich zum Ziel, über die Begriffsdiskussion hinauszugehen und auszuloten, was hinter dem Schlagwort steht. Davon zeugten bereits die Grußworte, vor allem die differenzierten Äußerungen der SPD-Landtagsabgeordneten Sabine Friedel.

Im Eingangsreferat entwickelte Prof. Dr. Joachim Gauck eindrücklich die Idee einer „Kultur der Erinnerung“. Diese sei für den Umgang mit der DDR-Vergangenheit wichtig, ja unausweichlich. Die LINKE, so Gauck, brauche ein „inneres '68“, eine intensive und kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Sie müsse nach der moralischen Schuld aller fragen und nicht nur bei den „eindeutigen Fällen“ verharren. Auch über die LINKE hinaus sei die „innere Einkehr“ jedes einzelnen wichtig und das Gespräch miteinander unvermeidlich. Nur auf diesem Weg sei wirklicher Dialog, wirkliche Reue und wirkliches Vergeben möglich. Dies sei ein schwieriger Weg, doch lohne es, ihn zu gehen. Denn er führe zu einer politisch emanzipierten und demokratisch geschulten Haltung auch in der heutigen Zeit.

Nach dieser an Vernunft, Moral und Humanität appellierenden Rede widmete sich das Forum in seiner ersten Podiums-

diskussion der Frage, welche Formen von Gewalt, Willkür und Macht es in der DDR gab und welche Folgen sie für die Opfer hatten. Eingeladen waren die Psychologin Dr. Doris Denis, die Historiker Dr. Udo Grashoff und Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk sowie die Politikwissenschaftlerin Dr. Sandra Pingel-Schliemann. Das Gespräch moderierte der sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Michael Beileites. In der Diskussion betonte Kowalczuk generell den Diktaturcharakter der DDR und ihren Anspruch auf Durchherrschaft, der in allen gesellschaftlichen Schichten und zu allen Zeiten gewirkt habe. Die Verurteilung durch Sowjetische Militärtribunale, die berüchtigten Stasi-gefängnisse in Bautzen und Hohenschönhausen, das Auf-Linie-Bringen in der NVA oder das Unmündig-Machen in den sozialistischen Schulen – all dies seien Formen von Gewalt und Willkür gewesen, wenn auch in unterschiedlicher Gestalt. Die späten 1940er und die 1950er Jahre waren eine Zeit des „bekennenden Terrors“. Später, als es um die internationale Anerkennung der DDR ging, nahm die physische Gewalt zwar ab, jedoch wurden die psychischen Druckmittel verfeinert und ausgebaut. In der Stasi-Sprache hieß das „Zersetzung“, eine „Bestrafung und Verfolgung ohne Urteil“, so Pingel-Schliemann, die sich in ihrer Dissertation eingehend mit dem Thema befaßt hat. Diese seit Mitte der 1970er Jahre intensiv eingesetzte Form der Repression wurde auf alle oppositionellen Kräfte angewandt. Das Perfide an jener Vorgehensweise war, daß sie sich auf den Privatbereich

orientierte, daß die Betroffenen individuell ausgekundschaftet und „zersetzt“ wurden. Ziel war es, bei den Oppositionellen Lebenskrisen hervorzurufen und sie dadurch zu schwächen; Selbsttötungen wurden dabei in Kauf genommen.

Explizit mit dem Thema Suizid in der DDR hat sich Grashoff beschäftigt, der danach fragte, ob die im Vergleich mit anderen Ländern auffällig hohe Suizidrate in der DDR mit den

politischen Repressionsmechanismen zusammenhing. Das Ergebnis seiner Arbeit schließt einen direkten Zusammenhang in der Mehrheit der Fälle aus, was zu intensiven Diskussionen auf dem Podium und unter den Teilnehmern führte. Mit dem Leben nach der Haft hat sich Denis seit Jahren intensiv befaßt. Aus ihrer Arbeit als Therapeutin stellte sie die erfolgreiche Behandlung von posttraumatischen Beschwerden bei einem Patienten dar, der mehrere Jahre in der DDR im Gefängnis gesessen hatte.

An diese Diskussionsrunde schloß sich der Vortrag von Stephan Hilsberg an. Der Mitbegründer der SDP entwickelte am Beispiel seiner Biographie eine Geschichte der DDR, in der individuelle Entwicklungen immer wieder durch Macht und Willkür beeinflusst, ausgebremst und beschnitten wurden.

Ein zentraler Bestandteil jedes Bautzen-Forums ist das Zeitzeugenpodium, in dessen Rahmen ehemalige Häftlinge von ihren Erfahrungen berichten. Dieses Jahr waren auf dem Podium Margot Jann, Harald Knauß, Dieter Rother und Thomas Raufeisen; moderiert wurde es von dem MDR-Journalisten Bastian Wierzioch. Erschütternd berichtete Margot Jann von ihrem Erleben als junge Frau, als sie wegen angeblicher Gründung einer Jugendorganisation gemeinsam mit einer Freundin zum Tode verurteilt wurde. Bestürzend war der Moment, als sie erzählte, wie sie erfuhr, daß ihre Freundin erschossen worden war und sie, zwar begnadigt, ganz allein zurückbleiben mußte. Ergreifend waren auch die Berichte von Harald Knauß, der als 17-Jähriger verhaftet wurde und den Häftlingsaufstand in Bautzen miterlebte. Er beschrieb, wie die Insassen auf Grund der katastrophalen Bedingungen am 13. März vor 60 Jahren in einen Hungerstreik traten. Mit Rufen wie „Hunger!“, „Rotes Kreuz!“ und „Freiheit!“ versuchten sie sich Aufmerksamkeit zu verschaffen – umsonst; der Aufstand wurde niedergeschlagen. Häftlingsaufstände in der DDR waren auch das Thema der Ausstellung, die an diesem Abend in der Gedenkstätte Bautzen eröffnet wurde.

Dieter Rother war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung noch nicht volljährig. Weil er als Jugendlicher Parolen an Wände



Foto: Gaby Waldek

geschrieben hatte, wurde er wegen anti-sowjetischer Propaganda zu zehn Jahren Haft verurteilt. Eindringlich schilderte er seine Erfahrungen in der Haft, die innerhalb kurzer Zeit aus einem Jugendlichen einen verhärmten, ernsten Mann machten, wie er auf Fotos zeigte. Anders gestaltete sich die Geschichte von Thomas Raufeisen, die sich wie der Plot zu einem Spionagefilm anhört. Auch Raufeisen war jung, als ihn die politischen Verhältnisse aus seinem gewohnten Umfeld rissen. Quasi über Nacht mußte er mit seinen Eltern 1979 von Hannover in die DDR reisen, da sein Vater – was niemand in der Familie wußte und ihnen erst im Osten mitgeteilt wurde – ein DDR-Spion war, der vor der Enttarnung stand. Der Vertrauensbruch in der Familie war tief. Als der Vater seinen Fehler erkannte, versuchte er, mit der Familie in die Bundesrepublik zurückzukehren. Doch die Flucht scheiterte und Raufeisen wurde, ebenso wie Vater und Mutter, verhaftet. Bis 1984 saß er in Bautzen II, sein Vater hat das Gefängnis nicht überlebt.

Die Biographien ähneln sich darin, daß jeweils junge Menschen aus ihrem Lebenszusammenhang gerissen wurden, in der Haft Erniedrigung, Willkür und Gewalt erlebten und damit auch nach der Entlassung leben mußten. Daß sie den Mut und die Kraft aufbringen, ihre Geschichten einer größeren Öffentlichkeit zu erzählen, fordert Respekt, und gerade solche Geschichten sind wichtig, um Jugendlichen diese Seite der DDR nahezubringen.

Mit der heutigen Perspektive auf die DDR zwischen kritischer Distanz, Verklärung und Faszination beschäftigte sich auch das abschließende Podiumsgespräch. Eingeladen waren Prof. Ines Geipel, frühere Leistungssportlerin, heute Professorin an der Schauspielschule „Ernst Busch“ und Mitbegründerin des „Archivs unterdrückter Literatur in der DDR“, Ulrike Poppe, ehemalige Bürgerrechtlerin und heute Stasi-Beauftragte in Brandenburg, der ZEIT-Journalist Christoph Dieckmann sowie der Parlamentarische Staatssekretär a.D. Ulrich Kasparik. Durch das Gespräch führte der Journalist Markus Heidmeier. Ein großes Problem bei der Erinnerung an die DDR, so die Diskussionsteilnehmer, sei die zersplitterte Wahrnehmung vieler Ostdeutscher. Es gäbe eine positive Erinnerung an das Leben mit Freunden und Familie und an die eigene Lebensleistung. Daneben existiere eine offizielle Erinnerungskultur, die das Bild einer repressiven DDR zeigt, das in Gedenkstätten und im Schulun-

terricht vermittelt wird. Eine sinnvolle Aufklärung dürfe die Bilder nicht gegeneinander ausspielen, sondern müsse sie verbinden. Eine wichtige Rolle komme dabei den Medien zu. Doch fehle vielfach eine kritische Berichterstattung, zudem sei das Thema noch nicht in den alten Bundesländern angekommen, monierten die Diskutanten.

Das Bautzen-Forum ist ein wichtiger Bestandteil in diesem Aufklärungsprozeß. Auch in diesem Jahr kamen wieder über 200 Teilnehmer zusammen, darunter viele ehemalige Inhaftierte. Für die kommenden Jahre bleibt zu hoffen, daß das Interesse nicht nachläßt – in Ost und West.

Anna Lux

Bautzen-Treffen 2010

Am 5. Mai 2010 fand das jährliche Treffen des Bautzen-Komitees statt. Zunächst stand eine Besichtigung des Gefängnisses 1, auch als „Gelbes Elend“ bekannt, auf dem Programm. Im Anschluß folgte die Mitgliederversammlung. Harald Möller, Vorsitzender des Bautzen-Komitees, begrüßte Siegfried Reiprich, den neuen Direktor der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, und den Landtagsabgeordneten Volker Bandmann als Freund des Komitees auf das Herzlichste. Es waren wohlthuende Worte, mit denen sich Herr Reiprich an die Mitglieder, die Opfer und Zeitzeugen wandte und ihnen Unterstützung zusicherte.

Beim Bericht über unsere Tätigkeit des vergangenen Jahres dankte Harald Möller besonders unserem Mitglied Harald Knauß für seinen eindrucksvollen Erlebnisbericht über den Hungeraufstand vor 60 Jahren im Zuchthaus Bautzen.

Einen besonders interessanten Punkt im Jahresrückblick stellte die Abiturarbeit

von Nele Lückebergfeld aus Bayern dar. Sie bearbeitete im Fach Geschichte das Thema „Das sowjetische Speziallager 4 und der Umgang mit diesem Kapitel der neueren deutschen Geschichte“. Dieses Beispiel zeigt, daß die Vergangenheit auch von Jugendlichen zur Kenntnis genommen wird und bestätigt in beeindruckender Weise das Engagement der Zeitzeugen. Dr. Klaus-Dieter Müller, Stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und Leiter der Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte, referierte über die Aufarbeitung von SMT-Urteilen durch die Stiftung. Eine Diskussion schloß sich an.

Mit einer vom Bautzen-Komitee organisierten ökumenischen Andacht in unserer Kapelle auf dem „Karnickelberg“ mit Superintendent Reinhard Pappai und Kaplan Andreas Kutschke fand unsere Mitgliederversammlung einen würdigen Abschluß.

Gudrun Sauer

Würdige Gedenkfeier

IG Internierungslager Ketschendorf wählte neuen Vorstand

Am 9. Mai 2010 fand die 21. Gedenkveranstaltung der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf in Fürstenwalde statt. Traditionsgemäß wurde am Vortag von Mitgliedern der Initiativgruppe auf dem Waldfriedhof Halbe der 4620 Lager-toten gedacht, deren sterbliche Überreste dort 1952/53 anonym vergraben worden waren. Die Gedenkveranstaltung begann mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Martin-Luther-Kirche Fürstenwalde-Süd, in dem Superintendent Schürer-Behrmann die Predigt hielt. Daran schloß sich eine Feierstunde an der Gedenkstätte im „Wäldchen“ an, wo zu Ehren der im nahen Lager Umgekommenen Kränze und Blumengebinde niedergelegt wur-

den. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Initiativgruppe, den Kameraden Reinhold Rösner, sprachen Vertreter kommunaler und gesellschaftlicher Verbände Worte des Gedenkens: der Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde, Hans-Ulrich Hengst, der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU des Landtags Brandenburg, Dieter Dombrowski, als Vertreter des Landrats des Landkreises Oder/Spree Rolf Lindemann und im Auftrag des Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge der ehemalige Landtagspräsident von Brandenburg, Dr. Herbert Knoblich. Würdig umrahmt wurde die Gedenkfeier durch die Bläser der St.-Marien-Domgemeinde un-



ter der Leitung von Kirchenmusikdirektor Georg Popp, Fürstenwalde.

Am Nachmittag fand im Hotel Kaiserhof die Jahreshauptversammlung der Mitglieder und Freunde der Initiativgruppe statt, in deren Mittelpunkt die Wahl des neuen Vorstands der Initiativgruppe und ihres Vorsitzenden stand. Kamerad Reinhold Rösner, der den Lagerverein 14 Jahre erfolgreich geführt hat und dafür 2006 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, kandidierte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für das Amt. Nachdem er die Teilnehmer der Versammlung begrüßt hatte, wurde zunächst der im letzten Jahr verstorbenen Lagerkameraden mit einer Schweigeminute gedacht.

Es folgten programmgemäß der Bericht des Vorstands durch Reinhold Rösner,

der Finanzbericht der Schatzmeisterin Erika Schulz und der Revisionsbericht des Kameraden Joachim Petras. Alle Berichte wurden von den Mitgliedern ohne Gegenstimme gebilligt. So konnte der alte Vorstand der Initiativgruppe durch den Wahlleiter, den Kameraden Joachim Kobel, entlastet werden. Eine vom vorherigen Vorstand vorgeschlagene und von Vorstandsmitglied Fichtmüller vorgetragene Satzungsänderung wurde einstimmig (bei einer Enthaltung) angenommen.

Für den neuen Vorstand der Initiativgruppe kandidierten: Herr Eckhard Fichtmüller, Superintendent i.R. aus Fürstenwalde, Kamerad Günter Breschke, Potsdam, Frau Gisela Krüger, Studienrätin aus Beesow, Kameradin Erika Schulz, Fürstenwalde, Frau Renate Perlitz, Kolpin. Alle fünf Kandidaten wurden ohne Gegenstimme gewählt.

Der Vorstand konstituierte sich anschließend wie folgt: Vorsitzender - Herr E. Fichtmüller, 1. Stellvertreterin - Frau G. Krüger, 2. Stellvertreter - Kamerad G. Breschke, Schatzmeisterin - Frau R. Perlitz, Vorstandsmitglied - Kameradin E. Schulz.

Ehrenvoll aus ihren Ämtern verabschiedet wurden die Kameraden Joachim Hohensee und Joachim Petras, die nicht mehr kandidierten. Kamerad Reinhold Rösner wurde zum Ehrenmitglied des Vorstands der Initiativgruppe ernannt. Mit Dank für das Vertrauen und der Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit sowie auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr wurde die gelungene Jahreshauptversammlung vom neuen Vorsitzenden beendet.

Günter Breschke
Mitglied des Vorstands

Bilanz und Ausblick

Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen am 25. April 2010 in Neubrandenburg

(rl) Die diesjährige Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft fand statt aus Anlaß des 65. Jahrestages der Schließung des Kriegsgefangenenlagers der Wehrmacht und des Nutzungsbeginns des sowjetischen Speziallagers Nr. 9 in Fünfeichen. Den etwa 300 Mitgliedern und Gästen aus ganz Deutschland konnte wieder eine gute Arbeitsbilanz der AG vorgelegt werden. Die Mitgliederzahlen wurden auf Grund guter Öffentlichkeitsarbeit gehalten. Zu den Schwerpunkten zählten die Zuarbeit von Material für eine Wanderausstellung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge über Speziallager und die Erarbeitung eines Korrektur- und Ergänzungsheftes für das im Jahr 2000 herausgegebene Totenbuch des Lagers Fünfeichen.

Ein Vortrag stellte den Bereich Versorgung im Lager dar. Dafür waren fast 200 Kassiber ehemaliger Häftlinge und ihrer Angehörigen von Stefanie Stange und der Arbeitsgemeinschaft gesammelt und ausgewertet worden. Dr. Schulz von der unteren Denkmalbehörde erläuterte neue Erkenntnisse über die in Fünfeichen verstorbenen sowjetischen Soldaten. Die bisher mit 1000 angegebene Zahl mußte auf vorläufig 6000 korrigiert werden.

Am Nachmittag wurde zunächst mit einer Kranzniederlegung der umgekommenen

Kriegsgefangenen gedacht. Anschließend begaben sich die Anwesenden unter dem Läuten der Fünfeichener Glocke zum südlichen Gräberfeld, wo die Toten des Speziallagers liegen. Die Landtagspräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns, Sylvia Bretschneider, hielt eine Gedenkansprache, in der sie betonte, daß die Erinnerung an die Vergangenheit zur Mahnung für die Zukunft werden müsse. Als Vertreter der ehemaligen Häftlinge sprach Arnhold Delander aus Löcknitz. In bewegenden Worten schilderte er seine Zeit in Fünfeichen, die Deportation nach Sibirien, das Schweigen nach der Entlassung und schließlich die Niederschrift seiner Erlebnisse.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war der anschließende Rundgang durch das ehemalige Lagergelände. Besichtigt wurden das Nordlager und der Mittelbereich mit Frauenbaracken, Küchen und Werkstätten. Achtzehn Standorte waren teilweise freigelegt und mit Pfählen und Nummern markiert worden. Die Teilnehmer konnten sich mit Hilfe eines Lageplans über die Besichtigungspunkte informieren. Die Veranstaltung, vor allem der Rundgang, wurde von zwei Filmteams begleitet. Aus dem so entstandenen Material soll bis zum nächsten Treffen der Arbeitsgemeinschaft ein neuer Film auf DVD hergestellt werden.

Gedenkstunde in Bautzen

Während des diesjährigen Treffens des Bautzen-Komitees und des Bautzen-Forums kam es wieder zu einer bewegenden ökumenischen Andacht auf dem Karnickelberg in Bautzen. Für den Verband der Verfolgten des Kommunismus (VPVDK) mit Sitz in Langenhagen legte der Ehrevorsitzende, Wolfgang Becker, ein Gebinde nieder. Er hat selbst neun Jahre politische Haft im „Gelben Elend“ erlitten und viele politische Häftlinge in der SBZ- und DDR-Zeit sterben sehen. Mit großer Ergriffenheit wurde der Opfer gedacht und vor dem Erstarken politisch-extremistischer Kräfte gewarnt. A.O.



Wolfgang Becker am Hochkreuz auf dem Gräberfeld.

Novellierung gefordert

(rl) Die Berliner Opferverbände haben in einer gemeinsamen Erklärung die Bundesregierung aufgefordert, die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze erneut zu novellieren.

Das geht aus einem gemeinsamen Brief hervor, den die sechs Verbände am 28. April 2010 an die Bundeskanzlerin, die Bundesjustizministerin, den Staatsminister für Kultur und Medien sowie die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen verschickten. Unterschrieben haben BSV Berlin-Brandenburg, Bund der Mitteldeutschen, Bürgerbüro, Forum zur Aufklärung und Erneuerung, UOKG und VOS.

Die Berliner Verbände fordern:

1. Die besondere Zuwendung für Haftopfer muß eine echte Anerkennung der Leiden aller politisch Verfolgter werden – die demütigende Bedürftigkeitsklausel sowie die Anknüpfung an die Haftzeit gehören abgeschafft.
2. Die Beweislastverteilung bei der Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden muß zugunsten der Opfer geändert werden. Ihnen ist es heute kaum möglich, den Zusammenhang zwischen politischer Haft und Gesundheitsschaden zu beweisen.
3. Opfergruppen, die bisher in den Gesetzen nicht genannt sind, müssen aufgenommen werden, z. B. Zersetzungsopfer.
4. Die Antragsfristen zur Rehabilitierung müssen gestrichen werden.
5. Die Verbände müssen ein Antragsrecht für die Rehabilitierung Verstorbener bekommen, die keine Angehörigen haben. Ihnen soll posthum zu ihrem Recht verholfen werden.

Bürgerberatung

der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung: (0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag
8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

Neuer Direktor

(mdr) Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt hat nach einem Jahr ohne Führung einen neuen Direktor. Der Stiftungsrat wählte den Historiker Kai Langer in das Amt. Der 40-Jährige stammt aus Mecklenburg-Vorpommern und leitete bisher die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Die Stiftung ist für sechs Gedenkstätten zuständig, die an die Opfer der NS- und der SED-Diktatur erinnern. Der frühere Direktor Joachim Scherrieble war im April 2009 zurückgetreten. Die jetzige Entscheidung des Stiftungsrates, in dem auch Opferverbände vertreten sind, fiel einstimmig, bei einer Enthaltung, für Langer.

Dieser sieht für die Gedenkstättenarbeit das Spannungsfeld zweier Diktaturen als Herausforderung. Eine Gleichsetzung von NS- und SED-Diktatur verbiete sich, gleichwohl sei ein Diktaturenvergleich legitim, schon, um die Unterschiede deutlich zu machen. An Stätten, die von Diktaturen genutzt wurden, müsse dies thematisiert werden.

Umzug

(st) Zum Ende des Monats Juni ziehen für die Zeit der Sanierung des Hauses 1 in der Ruschestraße 103, Berlin-Lichtenberg, die dort ansässigen Verbände BSV Berlin-Brandenburg, BSV-Förderverein, UOKG, Forum zur Aufklärung und Erneuerung, Help, Bürgerkomitee 15. Januar sowie das Osteuropazentrum und die Redaktion „der stacheldraht“ in ein anderes Gebäude (Haus 14) auf dem Gelände um. Die Briefkästen am Haus 1 werden weiter genutzt. Deshalb bleibt die bisherige Postadresse bestehen!

Neue Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin (am U-Bhf. Magdalenenstraße)

Neue Adresse

Die Behörde der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur ist umgezogen: Hegelallee 3, 14467 Potsdam, Tel. (03 31) 23 72 92-0, E-Mail aufarbeitung@lakd.brandenburg.de

Suchanzeigen

Zwangsadoptionen

Ich suche Zeitzeugen zum Thema Zwangsadoptionen in der DDR. Als freie Autorin in Berlin arbeite ich seit drei Jahren an einem Buchprojekt über Zwangsadoption in der ehemaligen DDR. Ich suche Interviewpartner – Mütter, Kinder oder auch Mütter und ihre Kinder gemeinsam.

Wenn Sie Interesse haben, würde ich mich sehr freuen.

Verena Scherrer, Sanderstr. 25, 12047 Berlin, Tel. (015 77) 956 74 57, E-Mail vescherrer@yahoo.de

Transitreisende

Für eine umfangreiche wissenschaftliche Studie (Doktorarbeit) bin ich auf der Suche nach Zeitzeugen. Dabei interessieren mich besonders Personen (sowohl Bürger der Bundesrepublik, West-Berlins als auch der ehemaligen DDR), die während ihres DDR-Transitverkehrs in den Überwachungsapparat der damaligen Sicherheitsorgane gerieten. Sofern Sie sich angesprochen fühlen und bereit wären, mir über Ihre Erlebnisse ein Interview zu geben, bitte ich Sie, sich zu melden unter Tel. (0174) 736 95 21.

Torsten Schopf

Herzlichen Glückwunsch!

(st) Am 1. Juni wurde Klaus Gronau, aktiv Beteiligter des Volksaufstandes am 17. Juni 1953, das Bundesverdienstkreuz zum Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland am Bande in Berlin-Charlottenburg verliehen. Wir gratulieren herzlich!

Vorinformation

Am 4. September 2010 gedenkt die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 der Wiederinbetriebnahme des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen durch den sowjetischen NKWD anlässlich des 65. Jahrestages. Wir beginnen um 11.00 Uhr auf dem Kommandantenhof des Lagers Sachsenhausen in Oranienburg. – Änderungen vorbehalten. Victoria Heydecke

Mitspracherecht angemahnt

(bp-dj) Die Zeitzeugeninitiative Ehemaliges KGB-Gefängnis Leistikowstraße Potsdam hat Ende April erklärt, daß die Gedenkstätte dem Gedenken an die Opfer noch immer nicht gerecht werde. Ein erschreckend kahles ungestaltetes Foyer, ein bis zwei Vitrinen und dürftig ausliegendes Informationsmaterial hätten ihres Erachtens lediglich Alibifunktion. Dies sei die Folge eines nicht nachvollziehbaren Hochmuts, bei Null anfangen zu wollen, obwohl in den Jahren zuvor bereits effektive und gut angenommene Gedenkstättenarbeit geleistet worden sei.

Die Zeitzeugeninitiative sei nicht bereit hinzunehmen, daß weiterhin den Opfern des stalinistischen Terrors in der Leistikowstraße kein Mitspracherecht eingeräumt wird.

LESERBRIEF

Ehre nur, wem Ehre gebührt

Unglaublich, aber wahr. Der heutige Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Bautzen (ehemaliges „Gelbes Elend“) hat nach einem Artikel der Sächsischen Zeitung vom 13. Mai 2010 erklärt, daß die Thälmann-Zelle weiterhin erhalten bleiben soll. Der Raum werde bei der derzeitigen Sanierung des Ostflügels nicht verändert.

Damit wird der Kommunismus durch die Ikone Thälmann hofiert. In dieser „Ehrenzelle“ war zu Sowjetzeiten jeweils eine Vielzahl von durch Sowjetische Militärtribunale abgeurteilte Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen untergebracht. Daher ist es einfach nicht nachvollziehbar, daß 20 Jahre nach der deutschen Einheit dem Kommunismus-

Stalinismus, der soviel Unheil über die Menschheit gebracht und Millionen Tote zu verantworten hat, in dieser Form weiter gehuldigt wird. Auch, wenn Thälmann nach seiner Haft in Bautzen 1944 von den Nationalsozialisten in Buchenwald ermordet wurde. Bei so einer Vorgehensweise dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis die Justizvollzugsanstalt, nach kommunistischem Vorbild, mit dem Zusatznamen „Ernst Thälmann“ ausgezeichnet wird. Vielleicht aber wäre auch das Staatsministerium der Justiz in Sachsen bereit, dem Anstaltsleiter noch vor seinem Eintritt in den Ruhestand einen 400-Euro-Job einzuräumen, um Glanz und Pflege dieser „Ehrenzelle für Kommunisten“ zu gewährleisten.

Harald Möller, Ostheim

Dokumentiert

„Blindlings, hoffnungslos, mutig“

Wie die Presse der freien Welt den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 einen Tag später würdigte

„New York Times“:

Die Deutschen haben in Ostberlin etwas getan, was einen hohen Platz in der Geschichte Deutschlands und der europäischen Zivilisation einnehmen wird. Sie kämpften für die Freiheit gegen die Tyrannen – blindlings, hoffnungslos, mutig. Sie brannten den Kommunismus mit einem Eisen, das so tief fressen wird, daß die Roten immer die Narbe behalten werden. Die Sowjets können deutsche Männer und Frauen niederschließen, weil sie Panzer und Maschinengewehre haben, aber wir wissen jetzt, und die Geschichte weiß es, daß in dem deutschen Volke ein Mut und ein Geist lebt, der die Unterdrückung nicht ewig erdulden wird. Die Ostberliner haben einen echten Beitrag zur deutschen Wiedervereinigung geleistet. Der Bundeskanzler kann jetzt auf die eklatante Tatsache hinweisen, daß der Osten Deutschlands im Herzen so frei ist wie der Westen.

Londoner „Times“:

Die sowjetischen und ostdeutschen Behörden haben nur zwei Möglichkeiten, der neuen Situation zu begegnen: die eine besteht in noch viel weitergehenden Konzessionen an die Bevölkerung der Sowjetzone, und die andere in Unterdrückung. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß letztere Möglichkeit genutzt werden wird. An den Ereignissen der letzten zwei Tage ist nichts augenfälliger als die Verachtung, mit der die Regierung der Sowjetzone von der Bevölkerung bedacht wurde, die sie angeblich repräsentiert. Vom sowjetischen Standpunkt aus kommt die Berliner Revolte zu einem sehr peinlichen Moment. Falls es in naher Zukunft zu Viermächteverhandlungen über Deutschland kommen sollte, hätten die Sowjets eine schwache Position. Gleichzeitig hat die Berliner Revolte in Westdeutschland der Forderung nach Liquidierung des gegenwärtigen Regimes in der Sowjetzone neuen Nachdruck verliehen.

„Franc Tireur“ aus Frankreich:

Wieder einmal ist der Schleier zerrissen worden. Nach den Unruhen unter der tschechischen Arbeiterschaft jetzt der Arbeiteraufstand in Ostberlin. Auf der einen Seite einfache Werktätige noch in ihrer Arbeitskleidung, ihre Frauen, Kinder, die Alten. Auf der anderen Seite die Knüppel, die Gewehre, die Panzer, die Maschinengewehre, und die neuen Herren, die behaupten, das Volk glücklich zu machen, und die ihm zum Elend verhelfen und ihm die Freiheit rauben. Die sowjetischen Soldaten haben zum erstenmal eine spontane Demonstration von streikenden Arbeitern gesehen. Sie sind das nicht gewohnt. Sie werden darüber reden.

Pariser „L'Aurore“:

Welch eine Bedeutung hat die Tatsache, daß eine solche Revolte bei den preußischen Arbeitern ausbrach, jenen preußischen Arbeitern, die für autoritäre Ideologien am empfänglichsten und am leichtesten in Gleichschritt zu bringen sind! Aber selbst sie, die am meisten zum passiven Gehorsam bereit sind, haben nicht mehr länger das abscheuliche Regime ertragen können. Die Kommunisten haben diesen Proletariern damit geantwortet, daß sie Panzer einsetzen.

Selbst das jugoslawische Parteiorgan „Borba“ kommentiert:

Diese Ereignisse beweisen, daß die arbeitenden Massen sich der Tatsache zutiefst bewußt sind, daß ihre Führer statt des versprochenen Sozialismus ein System der Diktatur des Staatskapitals aufgerichtet haben, das der Sowjetunion untergeordnet ist, einer ausländischen Macht, die in der Ausbeutung keine Grenzen kennt. Die offiziellen Behauptungen, daß die Protestschritte der arbeitenden Menschen in Ostberlin ebenso wie in der Tschechoslowakei auf die Tätigkeit ausländischer Agenten zurückzuführen sei, entbehren jeder Grundlage. Die Aktion der aufgeklärten Arbeiterschaft kann nicht das Ergebnis fremder Einflüsterungen sein, sondern ist auf die Erkenntnis der echten Lebensinteressen zurückzuführen, die von den dem Kreml untertanen Machthabern verraten wurden.

Veranstaltungen

21.6. (Mo), 9.00-17.00 Uhr:

Beratungstag zu Stasi-Unterlagen. Bei Antrag auf Akteneinsicht gültiges Personaldokument mitbringen. Veranstaltung d. LStU Sachsen-Anhalt u.a.; Ort: Bürgersaal, Brauhausstr. 13, 06249 Mülcheln (Geiseltal)

21.6. (Mo), 10.00-18.00 Uhr:

Bürgersprechstunde. Bei Antrag auf Akteneinsicht gültiges Personaldokument mitbringen. Veranstaltung der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße 54, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

21.6. (Mo), 19.30 Uhr:

Die Überwachung von Vertragsarbeitern durch das MfS. Polen und die DDR in den achtziger Jahren. Vortrag v. Daniel Logemann, Politologe; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Kleine Synagoge, An der Stadtmünze 5, 99084 Erfurt

22.6. (Di), 9.00-17.00 Uhr:

Beratungstag zu Stasi-Unterlagen. Bei Antrag auf Akteneinsicht gültiges Personaldokument mitbringen. Veranstaltung d. LStU Sachsen-Anhalt u.a.; Ort: Stadtverwaltung Jessen, Schloßstr. 11, 06917 Jessen (Elster)

22.6. (Di), 19.00 Uhr:

Im Visier der Staatssicherheit – Überwachungsmethoden der DDR-Geheimpolizei. „Genossen, wir müssen alles wissen!“ Betroffene im Überwachungsnetz der Staatssicherheit. Ref. Dr. Volker Höffer, BStU; „Firma Horch und Guck“. Die Überwachungstechnik der DDR-Geheimpolizei. Ref. Peter Baum, Diplom-Ingenieur; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Volkshochschule Wismar, Badstaven 20, 23966 Wismar

22.6. (Di), 19.00 Uhr:

Den Feinden die Faust. Die geplanten Isolierungslager des MfS. Podiumsgespräch und Filmeinspielungen mit Dr. Stefan Wolle, Historiker, Hendrik Röder, Zeitzeuge, Thomas Auerbach, ehem. BStU, Moderation Christian Booß, BStU; Veranstaltung d. BStU Berlin; Ort: Altes Rathaus, Am Alten Markt, 14467 Potsdam

23.6. (Mi), 18.00 Uhr:

„Black Box DDR. Unerzählte Leben unterm SED-Regime“ in der Reihe „Nachlese – Das politische Buch“. Mit Ines Geipel und Andreas Petersen, Autoren; Veranstaltung d. Landeszentrale f. politische Bildung Brandenburg; Ort: Landeszentrale, Heinrich-Mann-Allee 107, Haus 17, 14473 Potsdam

24.6. (Do), 14.00-18.00 Uhr:

Besuchertag. Archivführungen, Bürgerberatung, Antragstellung, Filmvorführungen. 18.00 Uhr: „Tanjas Heimkehr. Im Würgegriff der Staatssicherheit: Zwei Familien – ein Schicksal“. Lesung und Gespräch mit dem Autor Andreas

Keulen-Worte

Daß Sprache immer auch Normen und Werte abbildet, ist eine Binsenweisheit. Und daß sie als scharfe Waffe zu gebrauchen ist, haben nicht erst totalitäre Systeme herausgefunden - doch sie haben sich immer ihrer bedient. Victor Klemperer hat das in seinem „LTI“ für die nationalsozialistische Diktatur beispielhaft analysiert. Auf ganz andere Weise versucht Ulrich Weißgerber dies für die SED-Diktatur. Er hat ein Lexikon der „giftigen Worte“ erarbeitet, und schon im Untertitel die Sprache der Diktatoren als „Instrument von Machtausübung und Ausgrenzung“ charakterisiert. Die Liste der 128 Wörter reicht von „Abseitsstehende“ bis „Zionismus“ und ist ein Ausschnitt vorwiegend aus der (pseudo-)wissenschaftlichen kommunistischen Begriffswelt. Zwar findet man auch „Boogie-Unkultur“, doch die „Bonner Ultras“ sucht man vergebens. Die Bezeichnungen sind durchweg abwertend und im SED-Kontext negativ belegt. Es sind die „Keulen-Worte“ eines Regimes, die häufig zum Vorwand bzw. Ausgangspunkt materieller Gewalt wurden. Nicht wenige fanden Eingang in die Paragraphen der DDR-Strafgesetzbuchung.

Aufschlußreich ist ein Vergleich der Begriffe, denn sie lassen sich verschiedenen Gruppen zuordnen. Da gibt es zunächst die neutralen Wörter, denen eine ideologisch negative Bedeutung aufgezwungen wurde (z.B. großbäuerlich). Weiter finden sich Begriffe, die Negatives an sich bezeichnen (z.B. Hetze), jedoch in der Sprache der SED-Ideologen und Juristen speziellen politischen „Tatbeständen“ beigegeben wurden. Es gibt Wortschöpfungen, die oft auf Eigenamen zurückgehen (z.B. Brandlerismus), und nicht zu knapp Anleihen bei der rassistisch-chauvinistischen Sprache der NS-Diktatur (z.B. Ungeziefer, Schädlinge, entartet, Affen-Kultur). Nahezu kurios muten jene

Wörter an, die ihrem Ursprung nach zwar auch die Abwesenheit von Positivem bezeichnen, jedoch von der SED in umgekehrtem Sinn verwendet wurden. Kaum zu glauben, daß auch DDR-Funktionäre mit „antidemokratisch“ etwas Schlechtes beschrieben; nur – antidemokratisch war für sie antikommunistisch.

Die einzelnen Artikel zu den Stichwörtern sind übersichtlich und durch ihre klare Struktur gut handhabbar. Vorangestellt werden jeweils Subjekt - wer sich des Begriffs bediente, Objekt – auf wen sich der Begriff bezog, und Zeit – wann der Begriff verwendet wurde. Wie die zeitliche Eingrenzung entstanden ist, wird nicht immer ersichtlich. Für „Trotzkismus“ z.B. ist ein Zeitraum von 1945 bis 1957 angegeben. Doch noch in den 80er Jahren war dies eine geläufige offizielle Bezeichnung, die Partei-Funktionäre und das MfS als allgemeinen Stigmatisierungsbegriff gegen kritische linke Studenten (die oftmals kaum eine Ahnung von Trotzki's Theorien hatten) richteten. Es folgen Herkunft und Bedeutung des Wortes, gelegentlich ein geschichtlicher Hintergrund, der Ge- bzw. Mißbrauch in SBZ und DDR sowie schließlich zwei kurze Quellentexte, die den Begriff in konkreter historischer Anwendung demonstrieren.

Obleich der Form nach ein Lexikon, ist der Band auch ein Geschichtsbuch mit veritablem Gruseleffekt. Wer nach den Funktionsmechanismen totalitärer Systeme sucht, ist hier auf einer richtigen Spur.

Friedrich Rudolph

.....
Ulrich Weißgerber: *Giftige Worte der SED-Diktatur. Sprache als Instrument von Machtausübung und Ausgrenzung in der SBZ und der DDR. Bd. 15 der Reihe „Diktatur und Widerstand“, Hg. Manfred Wilke, LIT Verlag Berlin 2010, 406 S., 29,90 €*
.....



Umschlagbild der „giftigen Worte“.

Feindbild Springer

Als in den Akten der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen der MfS-Deckname „Otto Bohl“ entschlüsselt wurde, war die Sensation perfekt, denn dahinter verbarg sich Karl-Heinz Kurras. Dieser Mann war nicht nur Stasi-Agent und SED-Mitglied, sondern auch jener West-Berliner Polizist, der am 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschoss. Damals war das natürlich nicht bekannt, und Kurras wurde als Teil des „präfaschistischen Systems der BRD“ vom SDS (Sozialistischer Studentenbund) bezeichnet. In dieser aufgeladenen Situation war sehr schnell das Verlagshaus Axel Springers vom SDS als „Feind entlarvt“, weil die BZ ohne jedes Mitleid für den erschossenen Studenten schrieb: „... Wer Anstand und Sitte provoziert ... muß von den Anständigen zur Ordnung gerufen ... werden.“

In der Folge gab es schwere Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei, auch im Bereich des Springer-Hochhauses direkt an der Mauer. Damals versuchte die SED-Führung in Ost-Berlin, mit allen Mitteln gegen Axel Springer persönlich vorzugehen, um damit das politische System in West-Berlin ins Wanken zu bringen.

Die drei Autoren des vorliegenden Buches, ausgewiesene Historiker, verfolgen die

Linien der Anti-Springer-Aktionen, bei denen auch vor Gewalt gegen Menschen und Sachen nicht zurückgeschreckt wurde. Das MfS bediente sich dabei vieler Menschen im freien Teil Berlins, die nicht nur als „nützliche Idioten“, sondern oft sogar voller Überzeugung für die SED-Diktatur tätig waren. Bis heute halten sich damals verbreitete Lügen über den Verleger Axel Springer, geschürt durch die Hetzkampagnen der DDR-Medien, besonders des Deutschen Fernsehfunks. Dort wurde ein Fernsehfilm in mehreren Teilen ausgestrahlt, der das Feindbild in die Bevölkerung tragen sollte. Allerdings war er so vordergründig als SED-Propaganda erkennbar, daß er die erhoffte breite Wirkung sowohl im Osten als auch im Westen völlig verfehlte.

Es ist verdientvoll von Jochen Staadt, Tobias Voigt und Stefan Wolle, mit diesem Buch auch den beachtlichen Leistungen Axel Springers Rechnung zu tragen. Leider hat dieser Verleger, der immer an die deutsche Einheit glaubte und sich dafür einsetzte, sie selbst nicht mehr erleben dürfen. Um so wichtiger, daß das Buch erschienen ist. A.O.

.....
Jochen Staadt, Tobias Voigt, Stefan Wolle:
Feind-Bild Springer. Ein Verlag und seine
Gegner. Vandenhoeck&Ruprecht, Göttin-
gen 2009, 328 S., 19,90 €

Gefangen im Lügennetz

Die Geschichte hat kein Happy-End. Nicht wirklich, jedenfalls. Das letzte Kapitel trägt den Titel „Der verlorene Sieg“ – und damit wird schon klar, daß den Leser nicht Friede, Freude, Eierkuchen erwarten, wenn er es geschafft hat, sich mit dem unfaßbaren Schicksal einer jungen DDR-Bürgerin zu beschäftigen und das Buch bis zum Ende durchzustehen.

Die „Krankheit“ begann erst richtig, als die 28-jährige Katharina B. 1976 auf den Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, Jochen Ottmar alias IM „Richard Weber“ traf. Zwei Jahre später wurde er ihr Vorgesetzter in der Nervenabteilung eines Kreiskrankenhauses. Dort war sie als Krankenschwester angestellt, und sie vertraute ihm bedingungslos. Er jedoch zersetzte systematisch und ohne Skrupel diese über Jahre hinweg. Weitere IMs waren auf sie angesetzt. Ein unsagbarer Leidensweg begann für Katharina B.

Ihr Ziel war es eigentlich, Schriftstellerin zu werden. 1976 begann sie zunächst in einem Berliner Verlag eine Ausbildung als Nachwuchsautorin. Damit muß sie sich beim MfS wohl verdächtig gemacht haben. Das kritische Potential von Autoren war für die Staatsmacht stets ein Grund, mißtrauisch zu sein.

IM „Richard Weber“ wußte, daß sie sich weiterbilden wollte an der Abendschule, um das Abitur – neben dem Schwesternberuf – zu machen, denn sie wollte noch studieren. Mit diesem Wissen hetzte er die Kollegen auf sie. IM „Hedi“, die vorgesetzte Schwester in der Klinik, teilte sie daraufhin vorwiegend zu Nachtdiensten ein.

„Richard Weber“ führte sich in der Klinik auf wie ein Potentat. Er war Alleinherrscher über die Patienten, die durch lange Klinikaufenthalte stumpf geworden wa-

Veranstaltungen

Schmidt; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: BStU Außenstelle, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

24.6. (Do), 16.00-18.00 Uhr:

Öffentliche Beratung für Geschädigte der kommunistischen Diktatur. (An jedem letzten Donnerstag im Monat) Veranstaltung d. Zeit-Geschichte(n) e.V. – Verein für erlebte Geschichte, Tel. (03 45) 203 60-40, Fax -41, E-Mail zeit-geschichten@t-online.de, Ort: Große Ulrichstr. 51, 06108 Halle/Saale (Eingang Schulstraße)

24.6. (Do), 19.00 Uhr:

1:1? – 20 Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Podiumsgespräch mit Dr. Thilo Sarrazin, 1990-1991 Leiter der Unterabteilung Treuhandanstalt (Rechts- und Fachaufsicht) im Bundesfinanzministerium, seit 2009 Vorstandsmitglied Deutsche Bundesbank, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Wirtschaftswissenschaftler, 2002-2006 Finanzminister Sachsen-Anhalts, Dr. Ursula Weidenfeld, Wirtschaftsjournalistin beim Tagesspiegel, Rainer Thiele, Beiratsvorsitzender der Kathi Rainer Thiele GmbH Halle/Saale, Moderation Maria Sagenschneider, Deutschlandradio Kultur; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

24.6. (Do), 19.30 Uhr:

Erinnerungskultur in Dalmatien/Kroatien. Vom Partisanenkult zur Präsentation der Nationalstaatlichkeit. Ref. Bernd Robionek, Historiker, Marija Vuesica, Historikerin; Veranstaltung d. OEZ Berlin-Verlages; Ort: Wolfriedrich-Schnurre-Bibliothek, Bizetstr. 41, 13088 Berlin-Weißensee

25.6. (Fr), 19.30 Uhr:

„Der Tangospieler“. Filme im Umbruch – Die Zeit von Mauerfall und Einheit. Filmabend mit Gästen; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

29.6. (Di), 10.00-17.00 Uhr:

Bürgerberatung – Informationstag. Bei Antrag auf Akteneinsicht gültiges Personaldokument mitbringen. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; Ort: Stadtverwaltung Heilbad Heiligenstadt, Aegidienstr. 20, 37308 Heilbad Heiligenstadt

29.6. (Di), 17.00 Uhr:

Bürgersprechstunde der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen. (Jeden letzten Dienstag im Monat) Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder; Ort: Technisches Rathaus (Spree-Galerie), Raum 3.073, Karl-Marx-Str. 67, 03044 Cottbus

29.6. (Di), 19.00 Uhr:

„Von einer Hölle in die andere. Jüdische Opfer im Nationalsozialismus und Stali-

nismus. Lesung mit Ingrid Damerow, Historikerin u. Herausgeberin; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus u.a.; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin-Mitte

29.6. (Di), 19.00 Uhr:

20. Jahrestag der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. In der Reihe „Streitfragen Ost-West“. Podiumsdiskussion; Veranstaltung des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig u.a.; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

30.6. (Mi), 15.00-17.00 Uhr:

Doppeltes Spiel. Archivführung und Ausstellung. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

30.6. (Mi), 17.00 Uhr:

Ausstellungseröffnung **„SED, wenn Du nicht gehst, dann gehen wir!“** Auswirkungen der Grenzöffnung auf den Verlauf der Friedlichen Revolution 1989/90. Veranstaltung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn; Ort: Gedenkstätte Deutsche Teilung, An der Bundesautobahn A2, 39365 Marienborn

30.6. (Mi), 19.00 Uhr:

Der Einigungsvertrag. Juristische Folgen der SED-Diktatur. Vortrag v. Wolfgang Wieland MdB, Diskussion u.a. mit Uwe Müller, Journalist u. Autor, Wolfgang Loukidis, Rechtsanwalt, Ulrich Schellenberg, Vorsitzender Berliner Anwaltsverein, Mod. Dr. Falco Werken; Veranstaltung d. Berliner LStU u. d. Robert-Havemann-Gesellschaft in der Reihe „Die Friedliche Revolution. Berlin 1990“; Ort: Berliner Rathaus, Rathausstr. 15, Berlin-Mitte

30.6. (Mi), 19.30 Uhr:

Mauer im Film. Vortrag v. Dr. Annette Dorgerloh in der Reihe „Die Kunst im geteilten und wieder vereinten Deutschland“; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

7.7. (Mi), 18.15 Uhr:

Sisyphos in Westberlin oder Warum die SEW nie über die Mühen der Ebenen hinaus kam. Kolloquium, Ref. Dr. Thomas Klein, Historiker; Veranstaltung d. BStU, Abteilung Bildung u. Forschung; Ort: BStU, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

*

Nachtrag

In Ausgabe 2/2010, S. 17, wurde das Buch „Immer wieder Dezember“ von Susanne Schädlich vorgestellt. Für Vortragswünsche sind die Kontaktdaten der Autorin bei der Redaktion (E-Mail der-stacheldraht@web.de) hinterlegt.

ren, wozu wohl auch seine Behandlungsmethoden beigetragen hatten. Mit krankhafter Freude konnte er Patienten im Beisein des Personals quälen. Niemand wagte es, ihn in die Schranken zu weisen.

Auch Katharina B. beginnt er zu behandeln. Er teilt ihr widersprüchliche Diagnosen mit, läßt sie glauben, sie sei eine abnorme Persönlichkeit. Ihr Selbstwertgefühls fällt auf null. Jetzt brechen schwere psychische Probleme auf, mit denen sie nicht mehr umgehen kann. So gerät sie immer mehr in die Abhängigkeit von Psychopharmaka und des kriminellen Therapeuten. Sie ist sicher, die geborene Versagerin zu sein. Ist sie vielleicht sogar schizophren oder paranoid? Von der Schriftstellerin Herta Müller („Atemschaukel“) stammt der Satz: „Der eigene Kopf wird so irr, wie die Zerstörungstaktik des Staats.“ Jochen Ottmar, IM „Richard Weber“, versorgt sie reichlich mit Psychopharmaka: Tyrylen, Hydypfen, Amitriptylin ... unter den wachsamen Augen des MfS. Sie wird in eine Psychiatrie eingewiesen, unternimmt einen Suizidversuch. Anscheinend ist es ihr unmöglich, sich von der Verfolgung zu befreien außer im Tod. Doch selbst das mißlingt.

Trotz allem schaffte sie das Abitur, wollte Literatur studieren und meldete sich beim Zentrum junger Autoren an, wurde jedoch wieder abqualifiziert durch die Staatssicherheit: „Bei der B. handelt es sich um eine Person mit feindlich-negativer Einstellung zur sozialistischen Staatsführung...“ Aus der Traum!

Daß sie dieses jahrelange Martyrium durchgestanden hat, ohne wirklich verrückt zu werden, sollte Beweis genug sein, wieviel Kraft, auch psychische, diese Frau besaß. Nach dem Mauerfall ging sie zum Studium nach Nordrhein-Westfalen. In der DDR hatte man ihr bescheinigt, sie sei psychisch krank. Eine Diagnose, die an der Universitätsklinik in Nordrhein-Westfalen, wo sie sich erneut einer Therapie unterzog, angezweifelt wurde. Erst nach vielen Jahren lernte sie allmählich, mit dem Trauma umzugehen. Die Autorin hat unter dem Pseudonym Evelyn-Marion Giersch geschrieben. Gartenbesitzern ist der Giersch als ein Kraut bekannt, daß allen Bekämpfungsversuchen widersteht.

Sich mit diesem Schicksal zu befassen, erfordert wahrscheinlich gewisse Vorkenntnisse über die Machenschaften kommunistischer Geheimdienste. Unerfahrene Leser werden es vielleicht nicht aushalten, zumal der Inhalt des Buches keine

Fiktion, sondern fürchterliche Realität im Osten des geteilten Deutschland war. Seit 20 Jahren arbeite ich das NKWD-Lager Tost/Oberschlesien auf, in dem auch mein Vater elendig umkam. Es gehörte zu den brutalsten Todeslagern, und so bekam ich im Laufe der Zeit Berichte über unsäglich grausame Foltermethoden zu lesen. Dennoch war das vorliegende Buch auch für mich ein Härtetest. Dieser Text braucht mutige Leser.

Sybille Krägel
NKWD-Lager Tost/Oberschlesien

.....
Evelyn-Marion Giersch: *Das Lügennetz*, AT Edition Berlin, 2. Aufl. 2009, 128 S., 12,90 €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am 12. Juni, Horst Engelbrecht am 14. Juni, Horst Verworner am 16. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlichen Dank unseren Spendern

Gerda Bieber, Hans Corbat, Dieter Genosse, Walter Glomp, Karl-Heinz Hager, Emil Hanisch, Fritz u. Gisela Jurischka, Lieselotte Karpinski, Kurt u. Brigitte Kugler, Rolf Lohse, Irmgard Müller, Gerhard Reichart, Hans-Jürgen Rief, Hans-Adolf Schlünz, Horst Verworner

BSV Berlin, Spenden und Beitragskonto 7194 209 200, Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00. Absenderangabe nicht vergessen! Verwendungszweck bitte mit „Beitrag“ oder „Spende LV Berlin“ angeben (Stacheldraht-Konto siehe Impressum unter „Redaktion“). Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Bedarf wird eine Spendenquittung zugestellt.

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Günter Albrecht, Gudrun Bär, Hans-Henning Bieg, Günter Bischof, Karl-Heinz Blumenhagen, Petra Falk, Alfred u. Chri. Feicke, Eduard u. Monika Finger, Bernd u. Liane Freudenhagen, Joachim Häberlein, Wolfgang Heilmann, Johanna Höfer, Siegfried Hoffmann, Dietrich u. Hildburg Jacobs, Fritz u. Gisela Jurischka, Eva Lehmann, Alfred u. Erika Metag, Klaus u. Dr. Ingrid Muder, Karin Müller-Wrede, Netzwerk Stasiopfer-Selbsthilfe e.V., Horst u. Sieglinde Opitz, Ruth u. Johannes Österheld, Günter u. Hildegard Peterk, Hans-Jürgen Radtke, Karl u. Barbara Schröder, Karin u. Peter Schröter, Lothar Spillner, Helmut u. Eva Tisch, Günther Triebisch, Annemarie Vowe, Wilfried Weber, H. Wüstemann, Walter Zöllner

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00
Konto-Nr. 7194 209 200
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Sprechzeiten u. Beratung, Juristin Elke Weise:
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbändeoordination: Carola Schulze,
Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,
Tel. (030) 55 77 93-51
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342 728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Spendenkonto: BSV-Förderverein, Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Auflage: 10 300
Verkaufspreis 1,- Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn,
Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. Juni 2010

